



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

*Über Generationen denken, lernen und handeln.
Unsere Gesellschaft der Zukunft.*

Mitreden!

Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter
Die Jugendbroschüre zum 16. Kinder- und Jugendbericht

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

schön, dass Sie diese Broschüre in die Hand genommen haben. Sie wurde von einem jungen Redaktionsteam für junge Menschen geschrieben. Es geht darin um den 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung und was junge Menschen darin besonders wichtig finden.

Im 16. Kinder- und Jugendbericht erklären Expertinnen und Experten, wie es um die politische Bildung für junge Menschen in Deutschland bestellt ist. Denn Demokratie muss von jeder Generation neu gelernt werden. Dabei hilft politische Bildung. Der Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass damit viel mehr gemeint ist als der klassische Lernstoff im Politikunterricht. Ob in der Familie, in Kita, Schule und Ausbildung, in Jugendbildungsstätten oder Jugendverbänden; beim politischen oder gesellschaftlichen Engagement oder auch in der Bundeswehr – politische Bildung findet in der gesamten Kindheit und Jugend statt. Viele Akteure tragen Verantwortung für zeitgemäße und jugendgerechte Angebote.



Diese Broschüre ist keine bloße Zusammenfassung des über 600 Seiten starken Kinder- und Jugendberichts. Vielmehr hat ein zehnköpfiges junges Redaktionsteam die Punkte ausgewählt, die aus ihrer Sicht die wichtigsten und interessantesten sind. Sie haben den Bericht in eine verständlichere Sprache gebracht – ohne ihn zu kommentieren. Und sie haben mit Illustrationen und Infografiken für Übersicht gesorgt.

Mit dieser Broschüre möchten wir als Bundesjugendministerium dazu beitragen, dass nicht nur Expertinnen und Experten und Politikerinnen und Politiker über den 16. Kinder- und Jugendbericht diskutieren können, sondern auch diejenigen, um die es im Bericht geht.

Ich bin beeindruckt von der souveränen und erstklassigen Arbeit des Redaktionsteams. Unterstützt wurde es dabei von Mitgliedern der Berichtskommission. Herzlichen Dank an die Jugendpresse Deutschland. Ich wünsche Ihnen eine interessante und spannende Lektüre und freue mich auf die Diskussion darüber.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Franziska Giffey'. The signature is fluid and cursive.

Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....Seite 03

Was soll diese Broschüre?....Seite 06

**1. Politische Bildung –
was ist das?.....Seite 08**

2. Das große Ganze

2.1 Megatrends: Veränderungen der Gesellschaft
und ihr Einfluss auf die Demokratie..Seite 12

2.2 Schlaglicht 1: Digitalisierung.....Seite 16

2.3 Schlaglicht 2: Die (post-)migrantische
Gesellschaft.....Seite 20

2.4 Schlaglicht 3: Inklusion und politische
Bildung – bislang kaum beachtet.....Seite 24

3. Junge Jahre

3.1 Familie.....Seite 28

3.2 Kindertagesbetreuung.....Seite 31

4. Jugend

4.1 Schule.....Seite 36

4.2 Parteinahе Jugendbildung.....Seite 42

4.3 Proteste, soziale Bewegungen und
Jugendkulturen.....Seite 44

4.4 Kinder- und Jugendarbeit.....Seite 50

5. Die Jahre danach

5.1 Berufliche Bildung.....Seite 58

5.2 Freiwilligendienste.....Seite 62

5.3 Bundeswehr.....Seite 64

5.4 Hochschule.....Seite 67

**Die Kommission und die
Jugendredaktion.....Seite 71**

Glossar.....Seite 73

Grafikquellen.....Seite 77

Bildnachweise.....Seite 78

Impressum.....Seite 79



iStock: ViewApart

Was soll diese Broschüre?

Das Smartphone-Display leuchtet auf und die Nachrichten-App bringt uns auf den neuesten Stand. Der Terroranschlag in Hanau, die Folgen der globalen Pandemie oder der Streit in der EU über die Aufnahme von Geflüchteten: Schlagzeilen wie diese erreichen uns immer wieder. Extremismus, Gewalt, globale Krisen und politische Konflikte fordern unsere Demokratie heraus. Aber auch Fake News, Hetze und eine weit verbreitete Intoleranz gegenüber anderen Meinungen schaden der Demokratie. Um solche Probleme zu meistern, braucht es gute Demokrat*innen: Menschen, die politisch gebildet sind und sich engagieren.

Wir sind zehn junge Menschen aus unterschiedlichen Regionen in Deutschland, die in einem Projekt der Jugendpresse diese Broschüre geschrieben haben. Hier findet ihr die aus unserer Sicht spannendsten Inhalte und Forderungen aus dem rund 600 Seiten langen 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Kompakt versuchen wir zu erklären, wie es nach Einschätzung der Expert*innenkommission, die den Bericht

erarbeitet hat, um die politische Bildung von jungen Menschen in Deutschland steht.

Bei politischer Bildung denken viele Menschen zuerst an Demokratiedefinitionen, Prinzipien der Gewaltenteilung und stumpfes Auswendiglernen von EU-Institutionen und Wahlsystemen. Das ist ein großes Missverständnis, denn politische Bildung ist mehr als der klassische Lernstoff im Politikunterricht. Wir zeigen in dieser Jugendbroschüre, wo sie uns im Alltag begegnet – und warum sie wichtig und interessant ist.

Um Zahlen und Fakten anschaulicher zu machen, findest du viele Infografiken und Illustrationen. Wichtige Begriffe wie → *politische Bildung* erklären wir im Glossar (S. 75). Statt 16. Kinder- und Jugendbericht schreiben wir kurz 16. KJB.

Ein Ziel politischer Bildung ist politische Mündigkeit. Das bedeutet, dass Menschen in der Lage sind, Politik zu analysieren, zu beurteilen

und dass sie politisch handlungsfähig werden. Jugendliche sind mündig und politisch gebildet, wenn sie ihre Interessen vertreten und Politik und Gesellschaft aktiv mitgestalten können.

Wahlen sind eine zentrale Möglichkeit für Bürger*innen, Einfluss auf die Politik zu nehmen und → *Demokratie* zu leben. Auch Jugendliche sollten diese Möglichkeit bekommen, daher spricht sich die Kommission für eine Absenkung des Wahlalters auf allen politischen Ebenen aus. Inzwischen hat eine Reihe von Bundesländern für Landtags- oder Kommunalwahlen zumindest für das aktive Wahlrecht die Altersgrenze auf 16 Jahre abgesenkt. In den meisten Bundesländern muss man aber 18 sein, um bei Landtagswahlen mitmachen zu dürfen – bei Bundestagswahlen und den Wahlen zum Europaparlament ist das grundsätzlich so.

Demokratische Bildung für junge Menschen

Politische Bildung wird oft mit Extremismusprävention gleichgesetzt. Das ist ein Missverständnis. Denn politische Bildung sollte dauerhaft allen Kindern und Jugendlichen vermittelt werden und keine Notlösung sein, die erst im Fall eines Angriffs auf die Demokratie zum Einsatz kommt. Natürlich trägt politische Bildung aber auch dazu bei, dass anti-demokratische Tendenzen erkannt und bekämpft werden können. Reichsflaggen auf Demos, der NSU-Terror oder der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigen, wie notwendig das ist.

Politische Bildung erfahren Kinder und Jugendliche schon in der Kita und Schule, aber auch auf selbst organisierten Demonstrationen wie denen von Fridays for Future oder im örtlichen Jugendclub.

Aktuell immer wieder diskutiert wird das sogenannte Neutralitätsgebot. Dieses Gebot bezieht sich auf Fragen des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses und verpflichtet den Staat und seine Repräsentant*innen auch zur parteipolitischen Neutralität. Es verbietet aber nicht, sich für demokratische Werte einzusetzen. Wenn sich beispielsweise Lehrer*innen für die Demokratie starkmachen,

verstoßen sie nicht gegen das Neutralitätsgebot. Im Gegenteil: Politische Bildung soll sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung positionieren. Ihre wichtigsten Prinzipien sind die Wahrung der → *Menschenwürde*, das → *Demokratieprinzip* und die → *Rechtsstaatlichkeit*. Die Spielregeln für politische Bildungsarbeit (auch die außerschulische) sind im Beutelsbacher Konsens festgeschrieben (→ Kapitel 4, S. 36).

Was genau politische Bildung ist und wie sie im besten Falle aussehen sollte, erklären wir im ersten Kapitel unserer Broschüre. Außerdem werfen wir einen Blick auf die großen globalen Trends unserer Zeit, wie die Klimakrise, die Digitalisierung und → *Migration*. Diese Phänomene bewegen unsere Gesellschaft, verändern politische Bildung und fordern sie heraus.

Politische Bildung beginnt schon im frühen Kindesalter, in den jungen Jahren. Das dritte Kapitel beschäftigt sich deswegen mit den Rollen von Familie und Kita bei der politischen Bildung.

In Kapitel vier geht es um die politische Bildung in der Jugend. In dieser Phase entwickeln Jugendliche ein immer besseres Verständnis von Politik und Demokratie. Erfahrungen aus Schule und Freizeit prägen dieses Verständnis. Auch erste politische Aktivitäten, zum Beispiel der Beitritt in die Jugendorganisation einer Partei oder das Engagement in einem Jugendverband oder einer sozialen Bewegung tragen zur politischen Bildung junger Menschen bei.

Politische Bildung endet aber nicht mit dem ersten Schulabschluss. Sie durchzieht die Lebensbereiche junger Erwachsener auch nach der Schule, wenn sie sich für eine Ausbildung, einen Freiwilligendienst, den Wehrdienst oder für ein Hochschulstudium entscheiden. Wie politische Bildung nach der Schule aussehen kann, erklären wir in Kapitel fünf.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht ist eine Bestandsaufnahme der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Wir zeigen in dieser Broschüre, wie das läuft, was gut funktioniert und wo noch mehr getan werden muss. Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche inspirieren, dass sie sich in ihrem Alltag selbst politisch bilden, engagieren – und mitreden!

1

Politische Bildung – was ist das?

Wenn Menschen zusammen einen Bericht schreiben, müssen sie sich als erstes darauf verständigen, wovon er überhaupt handeln soll. Deshalb haben die Kommissionsmitglieder, die von der Bundesregierung den Auftrag bekommen hatten, den 16. Kinder- und Jugendbericht zu verfassen, anfangs sehr lange diskutiert. Vorgegeben war das Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“. Es musste also geklärt werden, was die Kommission eigentlich meint, wenn sie „demokratische Bildung“ oder auch „politische Bildung“ schreibt. Denn darunter verstehen verschiedene Leute unterschiedliche Dinge.

Am Anfang steht die Frage: Was ist überhaupt Politik? Du denkst vielleicht zuerst an die Bundeskanzlerin oder den Bundestag. Das stimmt, aber Politik ist viel mehr: Politik bezeichnet nicht nur Institutionen (zum Beispiel den Bundestag) und Politiker*innen (zum Beispiel Angela Merkel), sondern auch das, was diese tun. Die Kommission hat sich auf folgende Definition geeinigt:

„Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten und Strukturen, die auf die Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen abzielt.“ (16. KJB, S. 106)

Klingt kompliziert. Einfacher könnte man sagen: Politik bedeutet, dass wir Menschen gemeinsame Regeln dafür finden, wie wir miteinander leben wollen. An diese Regeln müssen sich dann alle halten. Mit „Strukturen“ können beispielsweise Parteien, Landtage und Bürgermeister*innen, aber auch Wahlen und Volksbefragungen gemeint sein. Eine Aktivität ist beispielsweise, zu einer Wahl zu gehen oder sogar bei einer zu kandidieren, im Parlament abzustimmen, aber

auch auf der Straße zu demonstrieren oder eine Online-Petition zu unterschreiben.

Wie Politik ist auch Bildung eine komplexe Angelegenheit. Bildung bedeutet nicht, dass dir einfach eine Schüssel mit Daten und Fakten hingestellt wird, die du auslöffelst. Vielleicht kennst du das aus der Schule: Wenn man Dinge ohne Nachzudenken auswendig lernt, vergisst man sie meist schnell wieder. Wenn die Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts von Bildung redet, dann meint sie, dass wir verstehen lernen. Bildung hilft uns dabei, nicht nur geschichtliche Ereignisse oder politische Institutionen herunterrattern zu können, sondern Zusammenhänge zu begreifen. Es geht dabei immer auch um uns selbst und um unsere Rolle in der Gesellschaft. Bildung bedeutet, auch zu hinterfragen, was wir lernen. Denn nur wer Dinge versteht, kann sie bewerten – und vielleicht ändern.

→ *Politische Bildung* bedeutet dementsprechend, dass wir nicht nur auswendig lernen, wer gerade wo Ministerpräsident*in ist. Wir müssen auch verstehen, wie diese Politiker*innen gewählt werden und wie wir darauf Einfluss nehmen können, wer an der Macht ist. Wer politisch gebildet ist, kann auch eine Meinung entwickeln, ob der jeweilige Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin seinen oder ihren Job gut macht – und vielleicht beim nächsten Mal eine andere Partei wählen. Es geht darum, politische Prozesse zu verstehen und dabei mitmischen zu können.

Und die Kommission denkt noch weiter: Politische Bildung ist für sie gleichzeitig auch demokratische Bildung. Das wichtigste Ziel politischer Bildung für Kinder und Jugendliche ist also, dass sich junge Menschen an demokratischen Werten orientieren

und gleichzeitig eine kritische Urteilskraft (Mündigkeit) entwickeln. Dazu gehört, dass wir lernen, zu diskutieren. Dass wir lernen, gegenüber anderen Meinungen und Lebensformen tolerant zu sein. Dass wir lernen, Kompromisse zu schließen. Ganz wichtig ist auch, dass wir lernen, mehrheitliche Entscheidungen zu akzeptieren und dabei immer auch die Rechte von Minderheiten zu wahren.

Das bedeutet nicht, dass es nur eine Form von → *Demokratie* gibt, die immer gleich bleibt. Im Gegenteil: Demokratie entwickelt sich immer weiter – und du kannst daran mitwirken.

Wenn die Kommission von Demokratie spricht, sind ihr drei Punkte besonders wichtig:

- Demokratie bezeichnet die Art und Weise, wie wir gemeinsame Regeln finden. Das funktioniert unter anderem über Wahlen und viele, viele Diskussionen, bei denen unterschiedliche Argumente ausgetauscht werden. In einer Monarchie beispielsweise entscheidet – einfach gesagt – die Königin oder der König. Das ist in der Demokratie anders.
- Damit Demokratie funktionieren kann, gibt es bestimmte Grundregeln. Eine lautet: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und müssen sich an dieselben Regeln halten (Gleichheitsprinzip).
- Von diesen Grundregeln abgesehen ist Demokratie durchaus veränderbar. Wir entwickeln sie immer weiter und passen sie an die Gegenwart an.

Das Anspruchsvollste an der Demokratie ist: Sie läuft nicht von allein. Demokratie ist kein starres, unveränderliches System, sondern existiert nur durch die Menschen, die sich engagieren, sie mit Leben füllen und immer wieder verändern. Friedrich Ebert hat einmal gesagt: „Demokratie braucht Demokraten.“ Damit Menschen gute Demokrat*innen werden können, müssen sie wissen, wie sie mitmischen können. Um das zu lernen, gibt es politische Bildung.

Wenn du durch diese Broschüre blätterst, wirst du feststellen, dass es unterschiedliche Orte gibt, an denen politische Bildung stattfindet. Das können Orte sein, bei denen das auf der Hand liegt – wie zum Beispiel in der Schule. Das können aber auch Orte sein, an die du bei dem Thema vielleicht nicht sofort denkst – wie beispielsweise der Kindergarten oder der Jugendclub.

Die Kommissionsmitglieder haben im Laufe ihrer Arbeit auch mit Kindern und Jugendlichen gesprochen. Dabei hat sich gezeigt: Junge Leute fordern mehr Möglichkeiten, Informationen über Politik zu bekommen und darüber zu sprechen. Sie wollen mitreden und sich (politisch) ausprobieren. Sie interessieren sich viel stärker für politische Bildung als viele Erwachsene denken.

Demokratie zu gestalten ist wichtig. Denn die Welt entwickelt sich immer weiter. Darauf müssen auch Demokratien reagieren. Aktuell steht die Demokratie in Deutschland vor großen Herausforderungen. Einige davon betreffen junge Menschen in besonderer Weise. Denn schließlich muss sich die junge Generation noch lange mit den Problemen befassen, die gerade entstehen. In der Europäischen Union stellt sich beispielsweise die Frage, wie wir unter dem so einfach klingenden Motto „Einheit in Vielfalt“ mit demokratischen Prozessen und Institutionen zu gemeinsamen Entscheidungen von 27 unterschiedlichen Mitgliedstaaten kommen, die sich häufig überhaupt nicht einig sind.

Auch antidemokratische Strömungen sind eine große Herausforderung für unsere Demokratie. Beispielsweise sind in den vergangenen Jahren in Europa rechte Gruppen und Parteien gewachsen, die der Demokratie feindlich gegenüberstehen.

Es lohnt sich, einen Blick auf die großen Zusammenhänge zu werfen, auf Veränderungen, auf die Gesellschaften reagieren müssen: die Megatrends unserer Zeit.

Politische Bildung...

- ... ist etwas, auf das alle Kinder und Jugendlichen ein Recht haben.
- ... fängt schon im Kindesalter an und hört nie auf.
- ... findet nicht nur in der Schule, sondern an ganz vielen unterschiedlichen öffentlichen und auch privaten Orten und im Alltag statt: in Vereinen, bei der Feuerwehr, in Kirchen und Moscheen, bei Demonstrationen und Protesten – und auch zu Hause am Küchentisch.
- ... hat die Mündigkeit von Menschen zum Ziel.
- ... trägt dazu bei, dass du eigenständig Herrschafts- und Machtverhältnisse analysieren und dir ein kritisches Urteil bilden kannst.
- ... führt dazu, dass du weißt, wie du deine Meinungen, Überzeugungen und Interessen formulieren kannst.
- ... führt dazu, dass du weißt, wie du mit anderen diskutieren und Kompromisse finden kannst.
- ... fördert die Teilhabe und Mitwirkung junger Menschen an der Gesellschaft.
- ... spiegelt die Vielfalt der Weltanschauungen einer Gesellschaft wider.
- ... fördert die Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt.
- ... ist nicht neutral, sondern den demokratischen Werten verpflichtet.
- ... fördert, dass sich Menschen antidemokratischen Haltungen entgegenstellen.
- ... wirkt präventiv auch antidemokratischen Radikalisierungen entgegen.
- ... ist keine gesellschaftspolitische Feuerwehr, die erst dann anrückt, wenn Menschen extremistisch werden.
- ... ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, liegt aber zum Teil auch in staatlicher Verantwortung (zum Beispiel Schulen) und wird durch den Staat gefördert (zum Beispiel außerschulische Bildungsstätten und Vereine).
- ... braucht eine ausreichende öffentliche Förderung – auf kommunaler Ebene, auf Landesebene, auf Bundesebene wie auf europäischer Ebene.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Junge Menschen wachsen heute in einer Zeit auf, die geprägt ist von tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen, z. B. von Globalisierung, Klimawandel, Migration, Digitalisierung und demografischem Wandel. Diese sogenannten Megatrends und Krisenphänomene fordern die Demokratie heraus und stellen gleichzeitig das „gesellschaftliche Aufgabenportfolio für die heutige junge Generation“ (Kap. 1) dar. Diese, dem 16. Kinder- und Jugendbericht vorangestellte, Einschätzung teilt die Bundesregierung. Zudem wird die Demokratie mit Einstellungen und Aktivitäten konfrontiert, die ihr mit Skepsis begegnen, sie unterhöhlen oder sie sogar offen angreifen. Dazu gehören z. B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Rechtsextremismus und -populismus. Die Bundesregierung stimmt der Kommission darin zu, dass politische Bildung den fortwährenden Auftrag hat, Demokratie und ihre Prinzipien zu vermitteln. Daneben muss es in der politischen Bildung stets um die Art und Weise der gesellschaftlichen Verständigung über allgemein verbindliche Regeln gehen.“ (16. KJB, S. 5)

„Die politische Bildung angesichts dieser Bedeutung und Verantwortung angemessen zu würdigen und zu fördern, gehört zu den ständigen Verpflichtungen der Bundesregierung. Um ihre Aufgaben in Anbetracht der genannten Herausforderungen leisten zu können, braucht die politische Bildung im Kindes- und Jugendalter zweifellos mehr Gewicht. Entsprechend greift die Bundesregierung die Forderung der Sachverständigenkommission nach einer Aufwertung und Stabilisierung des Praxisfeldes sowie einer breiteren Verankerung politischer Bildung für junge Menschen auf.“ (16. KJB, S. 5 f.)

„Die Bundesregierung bewertet den von der Kommission verwendeten Politik-Begriff als sehr überzeugend und teilt das Verständnis von politischer Bildung als demokratischer Bildung. Vor diesem Hintergrund „widerspricht die Bundesregierung entschieden, wenn politische Bildung unter Verweis auf ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot in Frage gestellt wird. Im Unterschied zur plural zivilgesellschaftlichen sollte sich staatlich verantwortete politische Bildung weltanschaulich und parteipolitisch nicht positionieren. Politische Bildung ist deshalb aber nicht neutral oder gar auszuklammern. Im Gegenteil: Die staatlich verantwortete politische Bildung ist angehalten, für die demokratischen Prinzipien, die Menschenrechte und ihre grundrechtlichen Konkretisierungen einzutreten. Auch Inhalte und Programme von Parteien dürfen Bildungsgegenstand sein, so lange dies ausgewogen geschieht und keine Meinung aufgedrängt wird.“ (16. KJB, S. 7)

„Unzulässig ist damit die Förderung einer einseitigen politischen Bildung. Notwendig ist jedoch eine politische Bildung, die einen an den Prinzipien des Grundgesetzes orientierten engagierten und offenen Austausch fördert, dabei antidemokratische oder menschenfeindliche Aussagen klar benennt und Kinder und Jugendliche in ihrer Resilienz gegenüber entsprechenden Strömungen stärkt.“ (16. KJB, S. 7)

„Die Bundesregierung begrüßt das Verständnis von Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe. Da Vorhaben und Entscheidungen in allen Politikfeldern spezifische Auswirkungen auf junge Menschen haben können, bedarf es ressortübergreifender Aufmerksamkeit und Sensibilität für die eigenständige und prägende Lebensphase Jugend. Die Bundesregierung wird die Befunde des 16. Kinder- und Jugendberichts bei der Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Jugendstrategie berücksichtigen.“ (16. KJB, S. 7)

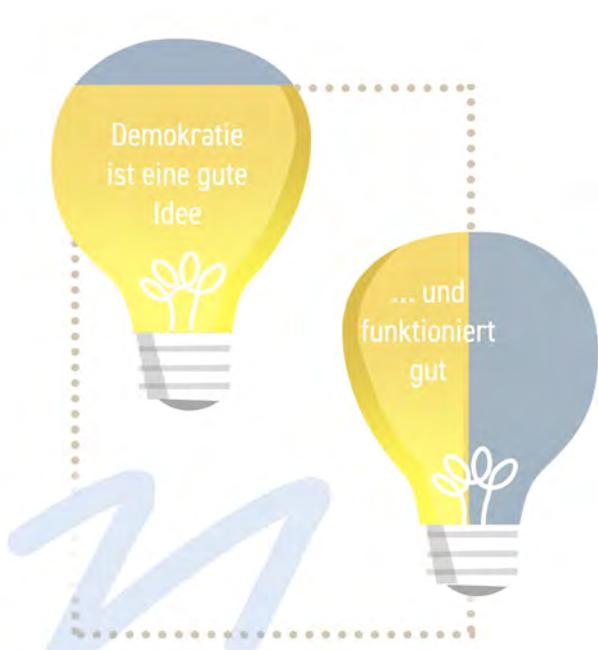
„Die Bundesregierung teilt die Einschätzung der Berichtskommission, dass politische Bildung eine Daueraufgabe ist. Es geht um die Pflege einer nachhaltigen demokratischen Diskussions- und Entscheidungskultur unabhängig von politischen Entwicklungen. Neben der essenziellen Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bedarf es weiterer Instrumente, um dieser ständigen Aufgabe gerecht zu werden. Demokratiefördernde und präventive Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu fördern und den verschiedenen Phänomenen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit erfolgreich entgegenzuwirken. Dieser Ansatz findet sich auch in der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung.“ (16. KJB, S. 11)

„Die Bundesregierung pflichtet der Kommission bei, dass Kinder und Jugendliche ihre sozialen Räume wirksam mitgestalten und über reale Konflikte und Probleme mitentscheiden sollten und wird bestehende Regelungen daraufhin überprüfen, inwiefern die Mitbestimmung von jungen Menschen verbessert werden kann. Die von der Kommission empfohlene Absenkung des gesetzlichen Wahlalters auf 16 Jahre wird Gegenstand der Beratungen der geplanten Reformkommission beim Deutschen Bundestag sein, die sich mit Fragen des Bundestagswahlrechts und des Parlamentsrechts befassen wird.“ (16. KJB, S. 12)

2

Das große Ganze

2.1 Megatrends: Veränderungen der Gesellschaft und ihr Einfluss auf die Demokratie



Megatrend klingt nach etwas ziemlich Großem. Ist es auch – mega heißt hier aber nicht großartig. Wie vieles, was dir im Leben begegnet, haben Megatrends gute und schlechte Seiten. Auf jeden Fall sind es Herausforderungen, die Menschen auf der ganzen Welt betreffen – auch dich. Klimakrise, demografischer Wandel, Digitalisierung, Migration und auch die Globalisierung gehören dazu.

Megatrends haben Einfluss auf viele Bereiche unseres Lebens – auch auf die Politik. Sie wirken sich beispielsweise darauf aus, wie (demokratische)

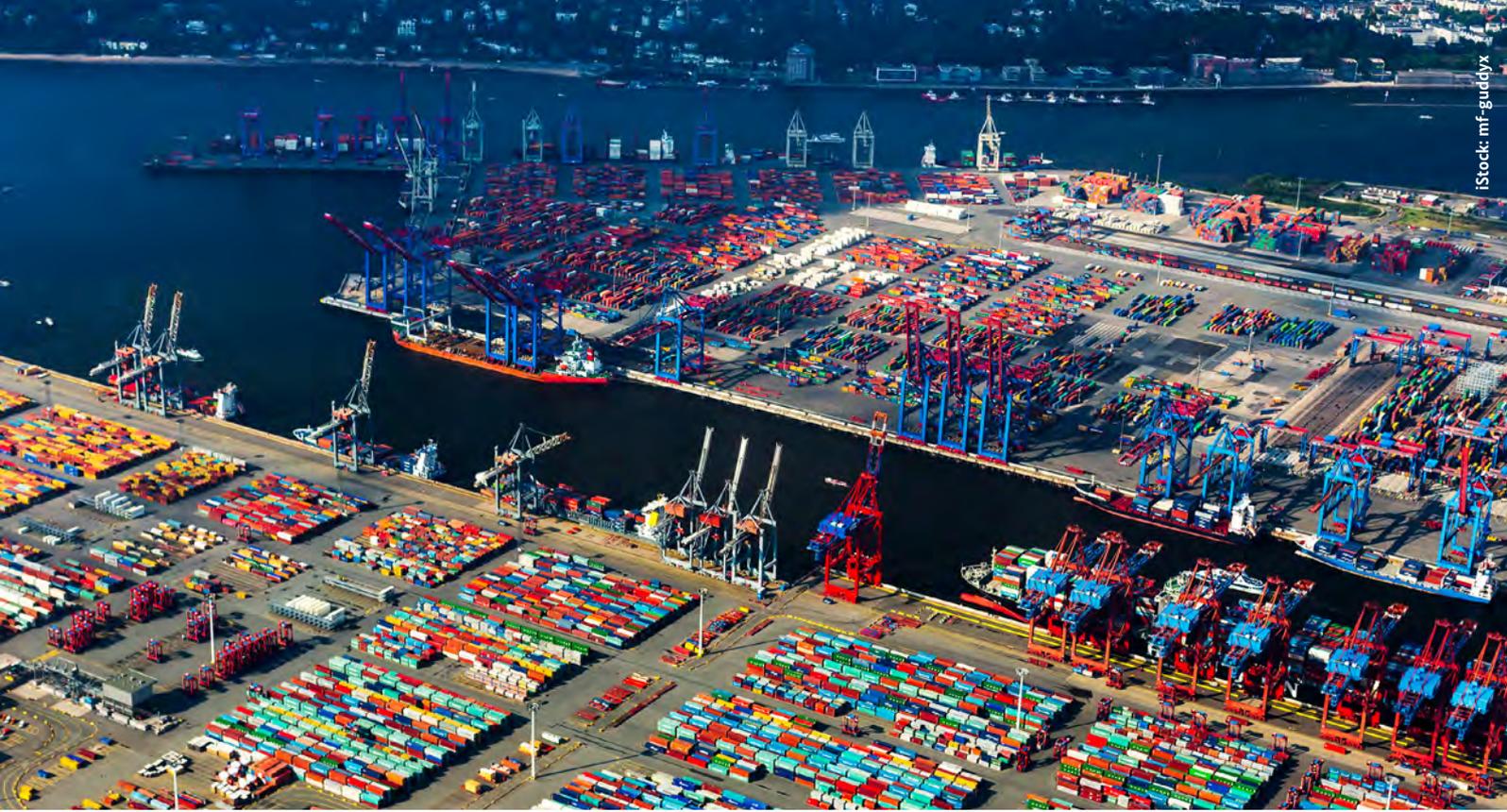
Es gibt Menschen, die an der Demokratie als Staatsform zweifeln oder sie sogar ganz ablehnen. Neun von zehn Menschen in Deutschland befürworten die Demokratie, aber nur knapp mehr als die Hälfte hält sie in Deutschland für gut umgesetzt.

Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht

Gesellschaften miteinander umgehen. Aber auch innerhalb von Gesellschaften führen sie zu Veränderungen, auf die wir reagieren müssen. Zu → *politischer Bildung* gehört, sich mit diesen Trends zu beschäftigen, damit wir als mündige Bürger*innen mit ihnen umgehen können. Die Diskussion darüber, wie dieser Umgang aussehen kann, ist Bestandteil politischer Bildung. Denn sie gibt Menschen das Rüstzeug dafür, sich mit den großen Themen unserer Zeit zu befassen, sich Meinungen zu bilden und selbst Einfluss zu nehmen.

Globalisierung: Wenn Unternehmen und Einzelne immer mächtiger werden

Große Unternehmen stellen ihre Produkte in verschiedenen Ländern her, je nachdem, wo das am günstigsten ist. Das gilt für Smartphones und Computer genauso wie etwa für Bürostühle und Brotaufstriche. Die notwendigen Teile und Zutaten dafür stammen möglicherweise wiederum aus ganz anderen Ländern. Und verkauft werden die



Endprodukte dann weltweit. Die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sind dafür die Voraussetzung: Wir können in Echtzeit miteinander kommunizieren und Handel treiben.

Die Globalisierung hat Vorteile. Wir können reisen, in anderen Ländern arbeiten und Freund*innen auf der ganzen Welt haben. Aber es gibt auch Probleme. Denn wenn Unternehmen weltweit produzieren und verkaufen: Wer kontrolliert sie dann? Konzerne, die viel Geld verdienen, werden mächtiger.

Das ist eine Herausforderung für die Politik, denn eigentlich gilt: Die Politik gibt die Regeln vor, an die sich alle halten müssen. Es besteht die Sorge, dass die Parlamente der einzelnen Länder an Einfluss verlieren – vor allem gegenüber der Wirtschaft und diesen mächtigen Konzernen. Die Abgeordneten in den Parlamenten und die Regierungen der Staaten werden von uns demokratisch gewählt – Konzernchef*innen nicht.

Das, was Konzerne tun, wirkt sich aber auf die Gesellschaft aus. Wettbewerb und Konkurrenz können dazu führen, dass Mitarbeiter*innen schlechter bezahlt und/oder schlechter behandelt werden. Die Globalisierung kann Ungleichheiten in der Gesellschaft vergrößern. Während einige Menschen sehr viel Geld verdienen, bleiben andere arm oder verlieren an Wohlstand. Die sogenannte Mittelschicht schrumpft, die Schere zwischen Arm

und Reich geht auseinander. Dass Menschen mit mehr Geld mehr Einfluss haben, ist undemokratisch. Weil Globalisierung das bewirken kann, ist sie eine Herausforderung für → *Demokratien*.

Ein Beispiel: Auch die Finanzkrise 2007 und die anschließende Schuldenkrise sind Folgen der Globalisierung. Diese Krisen hatten sowohl politische als auch soziale Folgen. Menschen verloren Vertrauen in die Politik, die die Probleme nicht verhindert hatte. Solche Krisen bestätigen auch Menschen in ihren Meinungen, die der Europäischen Union generell skeptisch gegenüberstehen. In Deutschland gründete sich im Zuge der Finanzkrise die → *rechtspopulistische* Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Demografischer Wandel: eine Gesellschaft der Alten?

Der Altersdurchschnitt der deutschen Bevölkerung steigt. Viele Menschen leben länger. Gleichzeitig werden zu wenige Kinder geboren. Der Begriff für diese Entwicklung ist demografischer Wandel. Dieser hat konkrete Auswirkungen: Wenn es beispielsweise auf dem Land weniger Schüler*innen gibt, kann es sein, dass dort Schulen und Jugendhäuser geschlossen werden. Der demografische Wandel ist auch eine Herausforderung für die Demokratie. Die älteren

sind den jüngeren Menschen zahlenmäßig überlegen. Gerade bei Abstimmungen können sie ihre Interessen also besser durchsetzen. Laut Bertelsmann Stiftung befürchten vier von zehn Menschen unter 30, dass sich Politiker*innen überwiegend mit den Interessen der älteren Generation befassen. Bei der Bundestagswahl 2018 waren 15,4 Prozent der Wahlberechtigten zwischen 18 und 30 Jahre alt – 20,7 Prozent waren 70 Jahre und älter.

Politische Bildung bedeutet auch, Einfluss darauf nehmen zu können, wer an der Macht ist. Die Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts fordert die Absenkung des Wahlalters auf allen staatlichen Ebenen auf 16 Jahre, damit junge Menschen auf diesem Weg unmittelbar das politische Geschehen mitbestimmen können.

Klimawandel: Wenn die Umwelt sich verändert, müssen die Menschen sich anpassen

Besonders bedrohlich ist ein Megatrend, der maßgeblich von uns Menschen verursacht wird: der Klimawandel. Expert*innen warnen: Wenn die Durchschnittstemperatur auf der Erde um mehr als 1,5 Grad ansteigt, wird das schlimme Folgen haben. Große Teile des Globus, darunter Afrika und Südasien, könnten unbewohnbar werden. Manche Klimaforscher*innen sagen, dass es bereits zu spät ist, den tropischen Regenwald zu retten und das Abschmelzen des Eises in Grönland zu verhindern. Um den Klimawandel zu bewältigen, müssten Menschen vieles ändern – vor allem, was ihre Fortbewegung, die Erzeugung von Energie und die Landwirtschaft betrifft. Darüber wird schon seit Jahrzehnten diskutiert. Auch haben Staaten internationale Vereinbarungen getroffen, halten diese aber häufig nicht ein.

Aus der Sicht vieler junger Menschen unterschätzen die Gesellschaft und die Politik, wie dramatisch die Lage ist. Um etwas daran zu ändern, engagieren sie sich politisch – zum Beispiel bei „Fridays for Future“ oder im Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen, der für den Braunkohle-Tagebau abgeholzt werden sollte.

Wie die Globalisierung und die Finanzkrise hat auch der Klimawandel Auswirkungen darauf,

wie Menschen Politik wahrnehmen. Schaffen es Politiker*innen, die Erderwärmung aufzuhalten, wollen sie es überhaupt? Viele Menschen sind skeptisch. Einige diskutieren, ob die Demokratie überhaupt die richtige Staatsform sei, um der Klimakrise zu begegnen. Sie wünschen sich mehr Autorität und strikere Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. Andere sagen: Wir brauchen sogar mehr Demokratie, um den Problemen zu begegnen. Unterschiedlichste Menschen sollen sich mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen beteiligen können, um Lösungen für die Klimakrise zu finden.

Und dann gibt es noch einige Wenige, die den Klimawandel leugnen. Sie finden besonders bei rechtspopulistischen Parteien Gehör. Das führt sogar dazu, dass Menschen, die sich politisch gegen den Klimawandel engagieren, angefeindet werden. Politische Bildung bedeutet auch, zu erkennen, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit verlaufen und wie man in einer funktionierenden Demokratie mit anderen Einstellungen und Haltungen umgehen kann.

Hass und Hetze: Wenn Menschen andere Menschen anfeinden

Du siehst: Neben den globalen Trends, die sich auf dein Leben wie auf das Leben aller auswirken, gibt es auch innerhalb von Gesellschaften Herausforderungen. Dazu gehören Vorurteile und → *Diskriminierungen*. Nicht nur Menschen mit → *Migrationsgeschichte* sind damit konfrontiert. Jede*r kann Ablehnung erfahren. Aber häufig trifft es diejenigen, die es aus unterschiedlichen Gründen sowieso schon schwerer haben. Meist werden Menschen einfach deshalb abgelehnt, weil sie anders und fremd erscheinen. Vorurteile können sich auf die unterschiedlichsten Merkmale beziehen: Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder auch Sexualität, also zum Beispiel darauf, ob du eher auf Männer oder Frauen stehst. Auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder Wohnungslose begegnen ablehnenden Haltungen.

All das hat auch mit Demokratie zu tun. Studien zeigen: Menschen, die selbst ausgegrenzt werden, haben weniger Vertrauen in die Politik und bekommen das Gefühl, ihr Leben weniger gut

gestalten zu können. Das gilt aber auch andersherum: Menschen, die viele Möglichkeiten haben, sich auszuleben, entwickeln weniger starke Ablehnungen gegenüber anderen Menschen. Wer Demokratie gut findet und ihr vertraut, neigt weniger zu Vorurteilen. Auch deshalb ist es wichtig, dass junge Menschen Einfluss haben und demokratisch mitbestimmen können.

Ideologien: Wenn Menschen Demokratie ablehnen

Es gibt auch ein viel direkteres Argument für demokratische Bildung: Die Zunahme von → *Rechtsextremismus*. Jedes Jahr gibt es in Deutschland laut Bundeskriminalamt rund 20.000 rechtsextremistische Gewalt- und Straftaten – also etwa sechs pro Tag. Seit 1990 sind demnach mindestens 208 Menschen infolge dieser Straftaten gestorben. Allein die Anschläge in Kassel, Halle und Hanau in den letzten Jahren zeigen, wie gegenwärtig die Gefahr von Rechtsextremismus ist.

Vor allem junge Männer sind anfällig für menschenverachtende Ideologien – besonders, wenn sie weniger gesellschaftlichen Halt haben und eine hohe kriminelle Energie aufweisen. Das betrifft auch einen anderen -ismus, den sogenannten Islamismus. Gefährlich für die Demokratie wird es, wenn religiöse Vorstellungen, Regeln und Ideen im Widerspruch zum Grundgesetz stehen und ihnen eine höhere Gültigkeit zugeschrieben wird als etwa der freien Meinungsäußerung oder der Macht des Volkes oder dem Schutz von Minderheiten. Politische Bildung kann helfen, antidemokratischen Haltungen vorzubeugen.

Antidemokratische Haltungen und politisch motivierte Gewalttaten gibt es nicht nur im rechten, sondern auch im linken Spektrum. Allerdings betont die Kommission, dass aus wissenschaftlicher Sicht umstritten ist, was mit → *Linksextremismus* überhaupt gemeint ist – im Gegensatz zu Rechtsextremismus, der klarer definiert ist. Aggressionen von Leuten, die sich selbst als „links“ bezeichnen, wurzeln oft gar nicht in einem geschlossenen Weltbild.

Fake News: Wenn Meinungen auf falschen Fakten beruhen

Die Meinungen darüber, wie wir als Gesellschaft solchen Megatrends begegnen können, gehen in Deutschland – gehen auf der ganzen Welt – weit auseinander. Die Verbreitung von Fake News (→ Erklärbox, Seite 18), unter anderem während der Coronakrise, verstärkt die Spannungen noch mehr. Es herrscht die Gefahr, dass sich einzelne Menschen über soziale Medien mit ihren Meinungen in den Vordergrund drängen. Demokratie aber bedeutet, dass alle mitreden können.

Problematisch wird es, wenn Menschen Gehör finden, die Fakten leugnen oder sogar falsche Informationen verbreiten. Heutzutage zweifelt mehr als jeder Zehnte daran, dass es den Klimawandel überhaupt gibt und fast die Hälfte der Deutschen glaubt an geheime Organisationen, die im Hintergrund die Fäden ziehen – unabhängig davon, wie das Volk entscheidet.

Klimakrise, demografischer Wandel, Extremismus: Dies alles sind Entwicklungen, die unsere Demokratie vor Herausforderungen stellen. Mit ihnen muss sich deshalb auch politische Bildung beschäftigen. Digitalisierung ist ein weiterer Megatrend, der politische Bildung verändert. Weil Digitalisierung gerade auch für junge Menschen ein wichtiges Thema ist, werfen wir einen intensiveren Blick auf dieses Phänomen.

Zwei weitere Schlaglichter widmen wir der (post-)migrantischen Gesellschaft und Menschen mit Behinderungen. Beide Kapitel spiegeln die Vielfalt unserer Gesellschaft und greifen die Forderung des 16. Kinder- und Jugendberichts auf, diese in der politischen Bildung stärker zu berücksichtigen.



2.2 Schlaglicht 1: Digitalisierung

Zwei von drei Jugendlichen sagen, dass das Internet sie glücklich macht. Eine Trennung zwischen der Online- und der Offline-Welt gibt es für Jugendliche nicht mehr. Digitale Medien sind ein Teil des Alltags. Wer über politische Bildung spricht, kann das Internet deswegen nicht extra behandeln – es hat Einfluss auf alle Lebensbereiche.

Unsere Gesellschaft hat sich durch die Digitalisierung in den letzten Jahren stark verändert. Viele Bereiche verschmelzen miteinander. Es wird immer schwieriger, zwischen privat und öffentlich, real und inszeniert, Arbeit und Freizeit oder Unterhaltung und Bildung zu unterscheiden – viele junge Menschen machen das auch nicht mehr.

Die 14- bis 29-Jährigen verbringen im Schnitt knapp 3,5 Stunden pro Tag online. Die meiste Zeit davon kommunizieren sie mit Freund*innen und

Familie. Auf Platz zwei kommt Unterhaltung. Dabei sind Videoformate am beliebtesten, besonders auf YouTube. Fast acht von zehn Jugendlichen nutzen die Plattform mehrmals in der Woche – aber nicht nur zum Spaß, sondern auch, um mithilfe von Erklärvideos Schulwissen zu vertiefen. Beispiele sind die Kanäle „MaiLab“, auf dem wissenschaftliche Zusammenhänge unterhaltsam erklärt werden, oder „Sommers Weltliteratur“, auf dem ein Theatermacher mit Playmobil-Figuren Literaturklassiker zusammenfasst. Das Internet ist für viele außerdem die wichtigste Quelle für Nachrichten: Jede zweite Person zwischen 16 und 19 Jahren hat eine News-App auf dem Smartphone.

Fast alle Kinder unter 13 Jahren schauen noch ganz klassisch Fernsehen. Jugendliche hingegen nutzen vor allem die Mediatheken der Sender im Internet. Abgesehen von Funk, dem

Online-Programm von ARD und ZDF, gibt es fast keine → *öffentlich-rechtlichen* Angebote extra für Jugendliche.

Vernetzung und Spaltung

Knapp ein Drittel der Jugendlichen hält Social Media für keinen geeigneten Ort, um politische Meinungen zu äußern. Das liegt daran, dass junge Menschen früh Erfahrungen mit Hate Speech (→Erklärbox, S. 18) und Shitstorms – also beleidigenden Kommentaren, Hass und manchmal sogar Cybermobbing – machen. Viele Jugendliche haben außerdem Angst davor, dass persönliche Daten veröffentlicht werden könnten. Deswegen posten die meisten weniger eigene Beiträge, sondern verfolgen stattdessen lediglich die Inhalte anderer, beispielsweise von Influencer*innen (→Erklärbox, Seite 18).

Einerseits teilen viele Jugendliche gerne politische Inhalte, zum Beispiel, indem sie Memes (→Erklärbox, Seite 18) verschicken. Politische Diskussionen hingegen führen sie in kleinen Gruppen, vor allem über WhatsApp oder Telegram. Dadurch entstehen Filter Bubbles (→Erklärbox, Seite 18). Damit ist gemeint, dass sich nur Leute austauschen, die ohnehin eine ähnliche Meinung haben. In Filterblasen kann man schnell vergessen, dass auch andere Ansichten existieren. Jugendliche müssen sich immer seltener mit Einstellungen auseinandersetzen, die von ihren eigenen abweichen.

Online schauen Jugendliche sich hauptsächlich Inhalte an, die Freund*innen und Familie oder Influencer*innen empfehlen. Dass Influencer*innen oft Werbung machen, ist den meisten Jugendlichen klar. Sie vertrauen ihnen aber trotzdem, denn sie empfinden die meisten als authentisch. Dadurch, dass Leute auf Social Media oft als nahbar und ehrlich gelten, haben sie nicht nur einen großen Einfluss auf die Kaufentscheidungen, sondern auch auf die Meinungen ihrer Follower*innen. Dadurch kommen Jugendliche einerseits mit politischer Bildung in Kontakt und setzen sich mit Politik auseinander – wie zum Beispiel durch das Video „Die Zerstörung der CDU“ des YouTubers Rezo im Sommer 2019. Andererseits

kann es gefährlich werden, wenn Influencer*innen radikale Meinungen vertreten oder Fakten nicht prüfen. Damit Jugendliche Meinungsäußerungen und Fakten unterscheiden können, brauchen sie eine bessere Medienbildung. Dafür gibt es allerdings noch nicht genug Angebote.

Persönliche Daten sind heutzutage viel Geld wert. Deshalb sammeln große Unternehmen wie Facebook oder Google möglichst viele davon. Damit schalten sie zum Beispiel personalisierte Werbung. Das ist problematisch, weil junge Menschen so ständig zum Kaufen angeregt werden. Was sonst mit den Daten geschieht, ist oft unklar. Besonders TikTok wird deswegen stark kritisiert.

Die meisten jungen Menschen erkennen diese Probleme. Hier zeigen sich allerdings Unterschiede: Je besser die Bildung ihrer Eltern ist, desto eher lernen junge Menschen, Gefahren im Netz einzuschätzen. Diese Jugendlichen wissen auch eher, wie sie sich in politischen Bewegungen wie Fridays for Future vernetzen können. Aber egal, aus welchen Verhältnissen Jugendliche kommen: Sie alle haben das Gefühl, sie müssten diese Plattformen nutzen. Obwohl viele von ihnen Angst vor Hass und Mobbing auf Social Media haben, sind sie dabei. Sie befürchten, sie würden sonst nicht dazugehören, könnten Freund*innen verlieren und etwas verpassen.

Wie geht's besser?

Politische Bildung muss heutzutage immer auch Medienbildung sein. Damit sich alle an demokratischen Prozessen und politischer Bildung beteiligen können, müssen Kinder und Jugendliche lernen, mit Medien umzugehen. Es ist wichtig, dass sie Werbung als solche identifizieren, ihre Daten schützen, Quellen checken und Fake News erkennen. Außerdem müssen Jugendliche wissen, wie sie sich online vor Beleidigungen oder Mobbing schützen können. Die Schule muss solche Medienkompetenzen vermitteln, damit alle Schüler*innen auf demselben Stand sind und das Erlangen dieser Skills nicht vom sozialen Hintergrund abhängt.

Ein Verbot von Smartphones an Schulen löst die Probleme nicht, weil die Grenzen zwischen

der Online- und Offline-Welt immer stärker verschwimmen. Stattdessen sollten Jugendliche auch in der Schule lernen, Technik sinnvoll zu nutzen. Geräte wie Tablets oder Smartphones können gezielt im Unterricht benutzt werden.

Genau wie Schüler*innen müssen Pädagog*innen mit digitalen Medien und Programmen umgehen können. Das müssen sie in der Ausbildung bzw. im Studium lernen. Darauf zu hoffen, dass junge Lehrer*innen das automatisch können, reicht nicht. Ebenso ist es falsch, darauf zu

vertrauen, dass Jugendliche mit Technik umgehen können, nur weil sie jung und „Digital Natives“ sind. Sie müssen diese Fertigkeiten erst lernen. Im → *Digitalpakt* der Bundesregierung geht es darum, Schulen mit digitalen Medien auszustatten, um den Unterricht moderner zu gestalten. Allerdings sollten auch Einrichtungen wie Jugendclubs, die politische Bildung vermitteln, beteiligt werden, empfiehlt die Kommission.

Die Kommission fordert: Einerseits sollen die politische Bildung und die Politik Firmen wie Facebook kritisieren, weil sie beispielsweise Datenschutz kaum umsetzen. Es muss Diskussionen und vor allem Alternativen zu diesen Plattformen geben. Gesetze

Box: Erklärungen für Erwachsene

Fake News: Nachrichten, die unwahr oder gefälscht sind, heißen Fake News. Durch das Internet ist es einfacher denn je, Fake News zu verbreiten. Dadurch ist es auch schwierig, einzuschätzen, wem man glauben kann. Gerade bei politischen Themen oder im Wahlkampf verbreiten manche Menschen besonders viele Fake News oder fallen darauf herein.

Filter Bubble: Viele soziale Netzwerke sind so programmiert, dass sie uns Inhalte zeigen, die uns gefallen und so ähnlich sind wie das, was wir liken. Daraus entsteht sozusagen eine Blase mit unseren Ansichten. Diese Algorithmen dienen vor allem dem Zweck, mehr Produkte zu verkaufen. Ein problematischer Nebeneffekt ist, dass Nutzer*innen so kaum noch mit Inhalten konfrontiert sind, die von ihren eigenen Meinungen, Werten und Vorlieben abweichen. So kann es passieren, dass wir denken, alle Menschen hätten eine ähnliche Einstellung oder manche Themen wären besonders wichtig bzw. unwichtig. Es entsteht eine Art Tunnelblick, der auch Verschwörungsmythen viel Zulauf beschert.

Hate Speech: Dieser Begriff heißt übersetzt Hassrede und bezeichnet hasserfüllte Beiträge und Kommentare in sozialen Medien. Diese richten sich meist gegen Gruppen, die auch im realen Leben ausgegrenzt werden – etwa wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens. Hate Speech kann auch Menschen treffen, die sich für die Rechte dieser Gruppen einsetzen. Die abwertenden, menschenverachtenden und volksverhetzenden Inhalte sind in vielen Fällen strafbar.

Influencer*innen: Menschen, die viele Follower*innen auf Social Media Plattformen haben. Influencer*innen gelten bei ihren Fans als authentisch und nahbar. Deswegen sind sie Meinungsmacher*innen und können ihre Zielgruppe durch ihre Ansichten beeinflussen. Das kann durch Werbung für bestimmte Produkte passieren, sodass manche Follower*innen sich diese selbst kaufen. Das gilt aber auch für politische Ansichten: Influencer*innen können mit ihrer politischen Meinung auch die der Follower*innen beeinflussen.

Memes: Ein Meme kann vieles sein: ein Bild, ein Video, ein Song, ein Satz oder ein bestimmter Begriff. Es handelt sich dabei meist um humoristische Inhalte, die im Internet geteilt werden, sich immer weiter verbreiten und so viral gehen. Das bedeutet: Sie breiten sich wie ein Virus aus und erreichen immer mehr Menschen, werden immer wieder neu interpretiert und in andere Kontexte eingebettet. So werden sie Teil eines digitalen Vokabulars und helfen dabei, sich im Internet auszudrücken.

müssen der Macht von solchen Unternehmen Grenzen setzen.

Andererseits werden Plattformen wie YouTube oder Instagram auch für die politische Bildung genutzt, um junge Zielgruppen zu erreichen. Das ist ein großer Zwiespalt: Wie kann man die Plattformen einerseits kritisieren und Alternativen bieten, aber gleichzeitig Jugendliche dort ansprechen, wo sie aktiv sind? Eine Idee wäre die Zusammenarbeit von Bildungsangeboten und Influencer*innen.

Jugendliche dürfen als Zielgruppe nicht benachteiligt und ignoriert werden, wenn es um die Gestaltung öffentlich-rechtlicher Programme geht. Besonders im Internet muss es mehr öffentlich-rechtliche Angebote für sie geben. Professionelle Formate zu politischer Bildung sind dringend nötig. Dem Content-Netzwerk Funk gelingt das gut. Funk spricht besonders bildungs- und medienaffine Jugendliche an, aber das reicht nicht. Alle jungen Zielgruppen sollten gleichermaßen einbezogen und berücksichtigt werden.



Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung unterstützt die Aussage, dass ein kritischer und kompetenter Umgang mit digitalen Medien grundlegend für politische Bildung ist. Die Förderung der Medienkompetenz spielt hier eine wesentliche Rolle, wobei eine frühe demokratische Medienbildung bei Kindern von einer altersdifferenzierten Ansprache ausgehen sollte.“ (16. KJB, S. 8)

„Zur Stärkung der Medienkompetenz im weiteren Sinne fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch Projekte, die die Kompetenz von Eltern und Fachkräften zur Medien-erziehung stärken, gute Medienangebote für Kinder und Jugendliche unterstützen und den kreativen und eigenverantwortlichen Umgang mit Medien fördern.“ (16. KJB, S. 8)

2.3 Schlaglicht 2: Die (post-)migrantische Gesellschaft

Die deutsche Gesellschaft ist vielfältig. Ein Grund dafür ist, dass Menschen aus anderen Ländern einwandern. Viele Menschen mit → Migrationsgeschichte leben und arbeiten schon sehr lange in Deutschland. Denn solche Migrationsprozesse finden schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten statt. Die Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts spricht deshalb von einer (post-)migrantischen Gesellschaft.

Die Unterscheidung zwischen „Migrant*innen“ und „Einheimischen“ finden die Kommissionsmitglieder „irreführend“ (16. KJB, S. 358). Schließlich haben sehr viele Menschen sehr viele unterschiedliche Wurzeln, die an verschiedene Orte und in verschiedene Zeiten zurückreichen. Daher die Bezeichnung (post-)migrantisch mit dem lateinischen Wort „post“, das hinterher oder danach bedeutet.

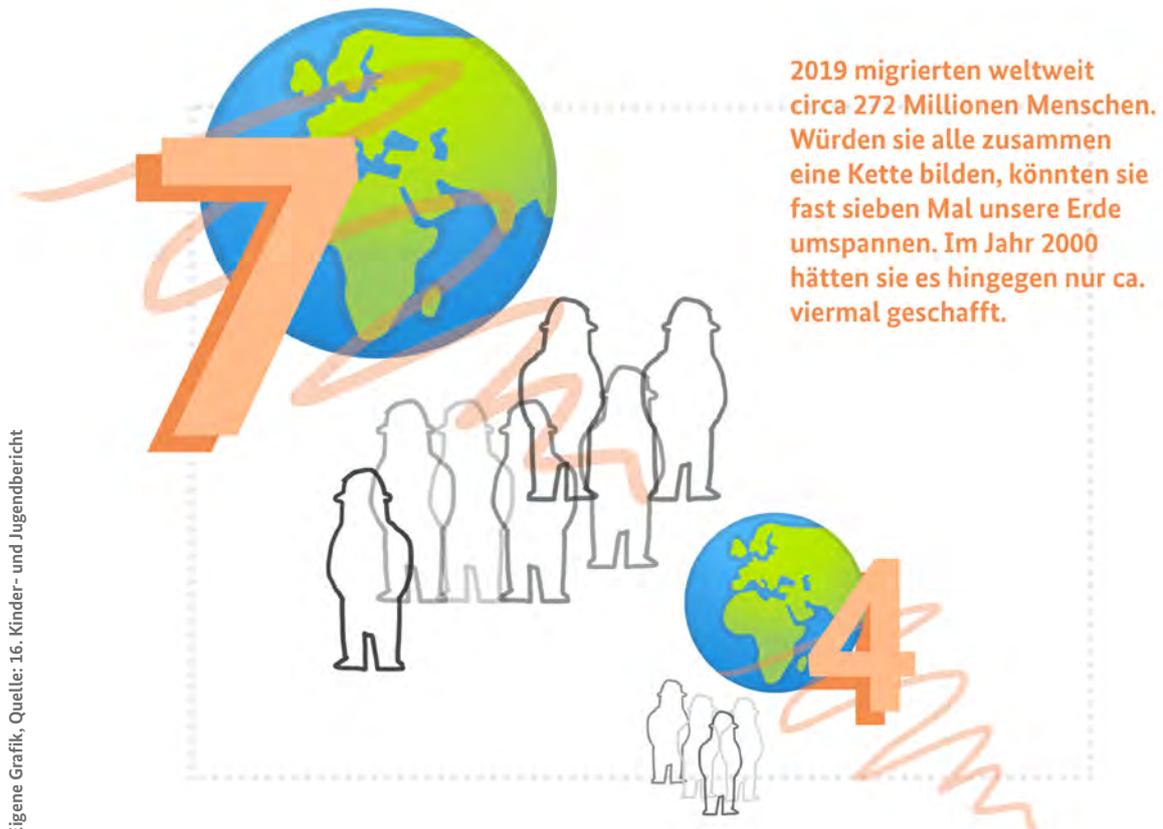
Die Vielfalt der Gesellschaft hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Sie ist auch für die politische Bildung wichtig. Diese muss Angebote für alle machen – also auch für Menschen mit unterschiedlichen Migrationsgeschichten (Wanderungserfahrungen, die sie selbst gemacht haben oder die zu ihrer Familiengeschichte gehören).

Außerdem engagieren sich viele Menschen mit Migrationsgeschichte in der politischen Bildung und gestalten diese mit ihren Perspektiven, Ideen und Konzepten mit. Dadurch ist die Bildungslandschaft bereits vielfältiger geworden. „Vereine junger Menschen mit Migrationsbiografien (VJM) und/

oder Zusammenschlüsse von → *People of Color* und anderen post-migrantischen Akteuren leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Jugendbildung in Deutschland“ (16. KJB, S. 58), stellt die Kommission fest. Trotzdem gebe es Verbesserungsbedarf, schreiben die Expert*innen.

So ist es für Organisationen von jungen Menschen mit Migrationsbiografien, *People of Color* oder post-migrantische Akteur*innen mitunter schwierig, an Fördermittel zu kommen, weil es beispielsweise viele Voraussetzungen für die Anträge gibt. Die Kommission fordert, dass die genannten Organisationen gesellschaftlich stärker anerkannt und vom Staat dauerhaft finanziell unterstützt werden. Auch sollten die Vernetzung und die Kooperationen mit anderen Akteur*innen politischer Bildung gestärkt werden.

Die Vereine junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM) sind so vielfältig wie die Menschen, die sich bei ihnen engagieren. Manche Vereine verstehen sich als Migrant*innenselbstorganisationen, andere aber definieren sich über ihre Religion, ihre kulturelle Zugehörigkeit oder auch ihre Herkunft aus bestimmten Milieus wie der Arbeiter*innenklasse. Beispiele sind der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ), der Jugendverband der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF-Jugend) oder die djo – Deutsche Jugend in Europa,



Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht

die insbesondere die Selbstorganisationen junger Zuwanderer*innen, Geflüchteter sowie Spätaussiedler*innen vertritt. Einige der VJM sind bereits Mitglied in den Landesjugendringen und im Deutschen Bundesjugendring, andere jedoch noch nicht. Die Kommission fordert, dass gefestigte Verbandsstrukturen in Deutschland prüfen sollen, wie sie offener für VJM werden können.

Ein Problem ist, dass nicht alle Vereine gleich angesehen werden. Manche haben ein schlechteres Image als andere. „Migrantische und muslimische Vereinsstrukturen stehen beispielsweise oftmals

unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck, sich von Radikalität, Antisemitismus, Homophobie oder Frauenfeindlichkeit abzugrenzen“ (16. KJB, S. 503). Die Kommission vermutet, dass auch Jugendliche, die sich in muslimischen Vereinen engagieren, unter Druck stehen. Anders als junge Menschen, die sich beispielsweise bei Fridays for Future, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder bei den Pfadfindern engagieren, müssen sie beweisen, „dass sie etwas Positives zum demokratischen Gemeinwesen beitragen“ (16. KJB, S. 503). Jugendliche berichten, dass es zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt als Nachteil empfunden werde, wenn sie sich in der muslimischen Jugendarbeit engagieren.



Grundsätze politischer Bildung in der (post-)migrantischen Gesellschaft

- Migration – also die Tatsache, dass Menschen von einem Land in ein anderes ziehen – muss in der politischen Bildung als **gesellschaftliche Normalität** angesehen und vermittelt werden. Es muss klar werden: In der deutschen und europäischen Geschichte hat es schon immer Migration gegeben.
- **Identitäten** müssen stärker zum Ausgangspunkt politischer Bildung gemacht werden. Das heißt, es muss in den Angeboten auch um die Frage gehen, wo man sich zugehörig fühlt. Für alle unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen soll es passende Angebote geben.
- Die **Diversität** von unterschiedlichen Perspektiven in der politischen Bildungslandschaft kann auch dadurch gefördert werden, dass Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen von politischer Bildungsarbeit selbst aus diversen, also vielfältigen, gesellschaftlichen Gruppen stammen.
- **Unterschiedliche Meinungen und Diskussionen** rund um das Thema Migration sollen auch in der politischen Bildung einen Platz haben. Wichtig ist, dass alle Menschen lernen, wie sie solche Auseinandersetzungen respektvoll und lösungsorientiert führen können.
- Durch Angebote der politischen Bildung können sich Menschen treffen und miteinander diskutieren, die sonst im Alltag wenig miteinander zu tun haben.
- Politische Bildung muss → **Rassismus** als gesellschaftliches Problem in den Blick nehmen. Politische Bildung hilft auch dabei, die eigenen Vorurteile zu überdenken und zu überlegen, in welchen Bereichen man privilegiert ist – also Vorteile gegenüber anderen Menschen hat.
- Migrantische Jugendselforganisationen, Vereine junger Menschen mit Migrationsbiografien und andere Akteur*innen sollen in die Debatten über politische Bildung einbezogen werden und selbst Bildungsangebote gestalten. Sie haben ein **vielfältiges Themenspektrum** und sollten nicht auf „migrationsspezifische“ Themen reduziert werden.
- Vereine junger Menschen mit Migrationsbiografien und/oder People of Color sowie post-migrantische Akteur*innen und ihre politischen Bildungsangebote müssen Teil der staatlichen **Regelförderung** werden, das heißt, dass nicht nur einzelne Projekte, sondern die Vereine selbst finanziell unterstützt werden.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung stimmt der Empfehlung zu, dass Organisationen von jungen Menschen mit Migrationsbiografien, People of Color und postmigrantische Akteure als Anbieter vielfältiger politischer Bildungsangebote im Sinne einer pluralen Gesellschaft stärker anerkannt und ausgebaut werden sollten.“ (16. KJB, S. 10)

Die Bundesregierung verweist darauf, „dass zahlreiche im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ geförderte Projekte die gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen mit Migrationsbiografien sowie postmigrantischer Akteure fördern – insbesondere im Themenfeld ‚Chancen und Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft – Vielfalt und Antidiskriminierung‘. Dafür bieten sie den Jugendlichen Räume, sich selbst zu organisieren, sich zu vernetzen und ihre Vorstellungen und Ideen zu artikulieren.“ (16. KJB, S. 10)

2.4 Schlaglicht 3: Inklusion und politische Bildung – bislang kaum beachtet



Wir Menschen sind verschieden, wir haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Auch das gilt es zu berücksichtigen, wenn es um Angebote politischer Bildung geht. Inklusion, also die Einbindung aller Menschen in allen Bereichen des Zusammenlebens, ist ein erklärtes Ziel der Politik.

Dieses Thema wird besonders präsent, wenn es um Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung geht. Darunter fallen ganz unterschiedliche Dinge, etwa Gehörlosigkeit, Gehbehinderungen oder geistige Beeinträchtigungen.

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Daraus folgen bestimmte Anforderungen, beispielsweise in Bezug auf die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben. Und genau dazu kann → *politische Bildung* beitragen. Die Kommission des

16. Kinder- und Jugendberichts fordert, dass politische Bildung als eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung der politischen Rechte im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention verstanden wird.

Übrigens: Erst seit dem 1. Juli 2019 dürfen Menschen mit Behinderung, die in allen Angelegenheiten von einer Assistenz betreut werden, den Deutschen Bundestag wählen. Vorher waren sie von dieser Wahl ausgeschlossen.

Es ist möglich, Menschen mit Behinderungen einzubinden – und davon profitieren alle.

Ein Beispiel: Angebote in einfacher Sprache machen Informationen leichter zugänglich. Das Ziel leichter Sprache ist ja gerade, dass wirklich alle sie verstehen können. Konkret geschieht das etwa auf der Website einfachPOLITIK der Bundeszentrale für politische

Bildung. Hier werden politische Themen erklärt, welche die ganze Gesellschaft betreffen. Es müssen aber noch mehr Möglichkeiten gefunden werden, politische Inhalte zu vermitteln. Bisher sind Projekte zur politischen Teilhabe oder Konzepte, wie sie im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ entwickelt werden, seltene Ausnahmen.

Ein weiterer Punkt ist die Barrierefreiheit von Räumen. Das bedeutet, dass alle Menschen an allen Angeboten teilnehmen können, auch wenn sie beispielsweise einen Rollstuhl nutzen oder nicht sehen oder hören können. Auch das Personal muss dementsprechend geschult sein.

Die Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts stellt fest, dass Menschen mit Behinderungen in

Hinblick auf die politische Bildung bisher nicht ausreichend eingebunden werden. Demgegenüber stehen vergleichsweise viele Angebote, die Menschen mit Behinderung selbst erstellen, etwa Blogs oder Online-Magazine im Internet (zum Beispiel „Ohrenkuss“, „inklusion-statt-integration.de“).

Die Kommission kommt zu dem Urteil, dass eine Fachdebatte, um „auf die politischen Anliegen der [behinderten] Jugendlichen einzugehen und sie (...) politisch zu ermutigen, nicht zu erkennen [ist]“ (16. KJB, S. 488). Politische Bildung im Kontext von Behindertenhilfe und Inklusion sei damit ein „in jeder Hinsicht unterschätzter Raum politischer Bildung“ (16. KJB, S. 488).

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Politische Bildung fördert die Fähigkeiten zur politischen Partizipation und zur Gestaltung von demokratischen Prozessen. Die Bundesregierung stimmt der Kommission zu, dass das uneingeschränkt für junge Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen gilt. Entsprechend teilt sie die Auffassung, dass politische Bildung als eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrnehmung der politischen Rechte im Sinne des Artikels 29 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) verstanden werden muss.

Die uneingeschränkte Teilhabe junger Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen an politischer Bildung zu einer weithin etablierten Realität werden zu lassen, ist ein erklärtes Ziel der Bundesregierung.“ (16. KJB, S. 10)

„Die Kinder- und Jugendhilfe ist in ihren Grundsätzen und von ihrer Zielrichtung her inklusiv ausgestaltet. Allerdings müssen die spezifischen Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen noch stärker Berücksichtigung finden. Dieses Anliegen wird auch in dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegten Gesetzentwurf zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen.“ (16. KJB, S. 10)

3

Junge Jahre





3.1 Familie

Verstehst du dich gut mit deinen Eltern? Fühlst du dich wohl in deiner Familie? Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass du es tust – selbst, wenn es ab und zu auch mal Probleme gibt.

92 Prozent der Jugendlichen kommen gut oder sogar bestens mit ihren Eltern klar. Neun von zehn jungen Menschen sprechen mit ihrer Mutter oft über das, was sie beschäftigt. Immerhin drei von vier tun das auch mit ihrem Vater. Das war nicht immer so! Frag mal deine Eltern: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass in ihrem Elternhaus noch ein anderer Ton herrschte.

Auf einen Blick

Vater, Mutter, Kind: Diese klassische Familienform kommt auch heute noch am häufigsten vor. Und in etwa 5,6 Millionen der insgesamt acht Millionen Familien in Deutschland sind die Eltern verheiratet. Trotzdem werden die Lebensformen vielfältiger: Familien mit alleinerziehenden Eltern gibt es etwa 1,5 Millionen. Daneben werden rund 915.000 Lebensgemeinschaften und etwa 6.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern gezählt (in Lebensgemeinschaften sind die Eltern nicht verheiratet). In mehr als jeder dritten Familie, also in etwa 3,1 Millionen, gibt es einen Migrationshintergrund.

Das mag auch damit zu tun haben, dass Eltern heute viel weniger Befehlshaber*innen sind als früher – denn „solange du deine Füße unter meinen Tisch stellst ...“ ist heute out. Heute wird verhandelt statt befohlen: Kinder und Jugendliche sprechen mit, wenn es darum geht, wann sie nach Hause kommen dürfen. Sie entscheiden meist selbst, wofür sie ihr Taschengeld ausgeben oder mit wem sie sich treffen. Eltern überwachen und strafen immer seltener. Besonders in solchen „Verhandlungsfamilien“ fühlen sich Kinder stärker anerkannt: Laut einer Studie stimmen etwa drei von vier Jugendlichen

ohne Einschränkung zu, dass ihre Eltern ihnen zuhören und sie ernst nehmen. Wenn Mädchen und Jungen innerhalb der Familie mitbestimmen dürfen, dann lernen sie schon auf diese Weise, wie → *Demokratie* funktioniert.

In einer Lebensphase, in der Kinder und Jugendliche sich mit ihrer Rolle in der Demokratie auseinandersetzen – während ihrer → *politischen Sozialisation* –, spielt all das eine große Rolle: Die jungen Menschen nehmen nicht nur sich selbst, sondern auch die sozialen und politischen Zusammenhänge um sie herum mit ganz neuen Augen wahr. Die Familie hat dabei einen entscheidenden Einfluss darauf, wie Jugendliche politisch denken, ob sie beispielsweise eher links oder rechts eingestellt sind, welche Partei sie gut finden und wie sie sich in die Politik einbringen.

Die soziale Herkunft bleibt wichtig

Familie und Politik: Beides hängt auch noch in anderer Hinsicht zusammen. Ganz direkt wird die politische Weltsicht junger Menschen geprägt, wenn sie z. B. beim gemeinsamen Essen mit ihren Eltern über Politik reden. Wenn beide Elternteile derselben Partei zugeneigt sind, dann finden ihre Kinder diese Partei mit einer Wahrscheinlichkeit von zwei Dritteln (in Ostdeutschland sogar zu 80 Prozent) auch gut. Erfahrungen wie beispielsweise aus der DDR oder der Wendezeit werden in der Familie weitergegeben. Wenn junge Menschen finden, dass ihre Eltern von der Wende profitiert haben, dann sind sie im Durchschnitt eher damit zufrieden, wie die Demokratie funktioniert. Umgekehrt sind sie mit dem Funktionieren der Demokratie unzufriedener, wenn sie der Meinung sind, dass die Wende ihren Eltern geschadet habe.

Für Kinder und Jugendliche macht es also viel aus, aus welcher Familie sie kommen – vor allem auch, wie arm oder reich diese ist. Jedes vierte Kind

Eigene Grafik. Quelle: 18. Shell-Jugendstudie



Verhältnis zu Eltern gut und immer besser

Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren,
(Angaben in %)

-  **kommen bestens miteinander aus**
-  **kommen klar, gelegentlich Meinungsverschiedenheiten**
-  **verstehen uns oft nicht, häufig Meinungsverschiedenheiten**
-  **Verhältnis schlecht, ständig Meinungsverschiedenheiten**
-  **Keine Angabe**

Wie würdest du das Verhältnis
zu deinen Eltern beschreiben?
Was trifft auf dich zu?

wächst in einer Familie auf, in der das Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Von den Lebensumständen der Familie hängt in Deutschland noch immer stark ab, wie erfolgreich ein Kind in der Schule ist und welche Chancen es überhaupt bekommt. Schließlich erreichen Bildungsangebote außerhalb der Schule – wie Klavierunterricht oder Sprachkurse – eher Kinder, die aus Familien mit höherem Einkommen und höherem Bildungsniveau kommen. Selbst die Eltern-Kind-Beziehung, die wie eingangs erwähnt doch meist recht gut ist, sieht in sozial schwachen Familien oft anders aus: 15 Prozent der Jugendlichen aus Familien mit wenig Geld haben ein weniger gutes oder schlechtes Verhältnis zu den Eltern, während das in Familien mit viel Geld nur drei Prozent der Jugendlichen sagen.

Die gesellschaftliche Stellung der Familie spielt auch bei der politischen Bildung der Kinder eine

Rolle. Politische Bildung in der Familie kann vieles sein, etwa ungezwungene Küchentischgespräche, bei denen sich Eltern mit ihren Kindern über die Welt unterhalten. Oder wenn Kinder sehen, wie sich Mutter und Vater in einem Verein oder in einer Partei engagieren. Solche Erfahrungen machen Kinder eher in bürgerlich geprägten, bessergestellten Familien, und weniger, wenn sie in ärmeren Verhältnissen aufwachsen. Bekommen sie diese Eindrücke aber von zu Hause aus mit, dann interessieren sie sich auch eher für Politik, sind positiver gegenüber Demokratie und demokratischen Einrichtungen eingestellt oder beteiligen sich auch selbst eher. Ehrenamtliches Engagement, eine wichtige Säule der Demokratie, wird häufig in der Familie von den Eltern an die Kinder weitergegeben – auch in diesem Fall oftmals abhängig davon, wie viel Geld die Familie hat.

Wenn Jugendliche sich von der Demokratie abwenden

Wie sich Heranwachsende politisch entwickeln, wird ihnen also zu einem großen Teil schon in die Wiege gelegt – auch wenn später Kita, Schule oder Freund*innen ebenfalls einen Einfluss haben. Ist es also auch in der Familie begründet, wenn Jugendliche sich von der Demokratie abwenden? Eine Studie sieht zumindest einen Zusammenhang zwischen antidemokratischen Einstellungen und brüchigen Familien, in denen viel Streit herrscht und in denen die Familienmitglieder eine schlechte Beziehung zueinander haben.

Es sind aber auch ebenjene Eltern-Kind-Beziehungen, die ein Teil der Lösung sein können, um radikalisierte Jugendliche wieder einzugliedern: Denn mögen diese Beziehungen noch so fragil sein, so besteht laut einer Studie doch noch Potenzial darin, dass Eltern und Kinder ein Interesse am Fortbestand der Familie haben. Wenn die Bande zwischen Eltern und Nachwuchs noch stärker sind als die Anziehungskraft etwa von rechtsextremen oder islamistischen Gruppen, dann kann die Familie die Brücke sein, über die radikalisierte Jugendliche zurück in die Gesellschaft finden.



Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung ist ebenso wie die Kommission der Auffassung, dass der Familie in der demokratischen Bildung junger Menschen eine wesentliche Rolle zukommt. Besonders in den ersten Lebensjahren ist sie der zentrale Ort für die Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern. Eltern initiieren Lernprozesse im Alltag und legen den Grundstein für den weiteren Lebens- und Bildungsweg ihrer Kinder. Zugleich erleben Kinder nicht erst ab Schuleintritt, sondern bereits in Kita und Kindertagespflege unterschiedliche Bildungszusammenhänge und -einflüsse. Dabei ist für institutionalisierte Betreuung, Bildung und Erziehung geboten, die Zusammenarbeit mit den Familien zu pflegen, den spezifischen und von familiären Situationen unabhängigen Bildungsauftrag professionell zu verfolgen sowie ggfs. auch Unterstützungs- und Beratungsangebote vorzuhalten.“ (16. KJB, S. 13)

„Der Bericht bemängelt zu Recht, dass (politische) Bildungschancen in Deutschland nach wie vor zu stark an die sozioökonomischen Ressourcen der Familie gekoppelt sind. Empfohlen wird auch die Entwicklung von zielgruppengerechten Angeboten der Familienbildung zum Thema Demokratie. Die Bundesregierung verpflichtet der Kommission bei, dass eine Herausforderung dabei darin besteht, Konzepte zu entwickeln, die über die bisher vertrauten Themen gewaltfreie Erziehung, demokratische Erziehungsstile, Stärkung der Selbstwirksamkeit u. ä. hinausführen. In diesem Zusammenhang ist es zweifellos auch wichtig, Eltern und Familien zu betrachten, die von anti-demokratischen Orientierungen und damit einhergehenden Verhaltensweisen ihrer Kinder betroffen sind oder selbst extremistische Einstellungen vertreten.“ (16. KJB, S. 13)

3.2 Kindertagesbetreuung

Hast du gewusst, dass Kinder unter drei Jahren oftmals mehr als 40 Stunden pro Woche in einer Kita oder bei Tagesmüttern und Tagesvätern verbringen?

Das ist so viel Zeit, wie ein Vollzeitjob in Anspruch nimmt. In ostdeutschen Bundesländern sind es im Schnitt sogar 42 Wochenstunden. In Westdeutschland sind es zwar knapp sieben Stunden weniger pro Woche, aber der Trend geht bundesweit hin zu längeren Betreuungszeiten. Gleichzeitig gibt es einen großen Mangel an Erzieher*innen: Bis 2025 werden laut Prognosen knapp 324.000 Personen zusätzlich benötigt.

Erste Grundsteine für demokratische Bildung

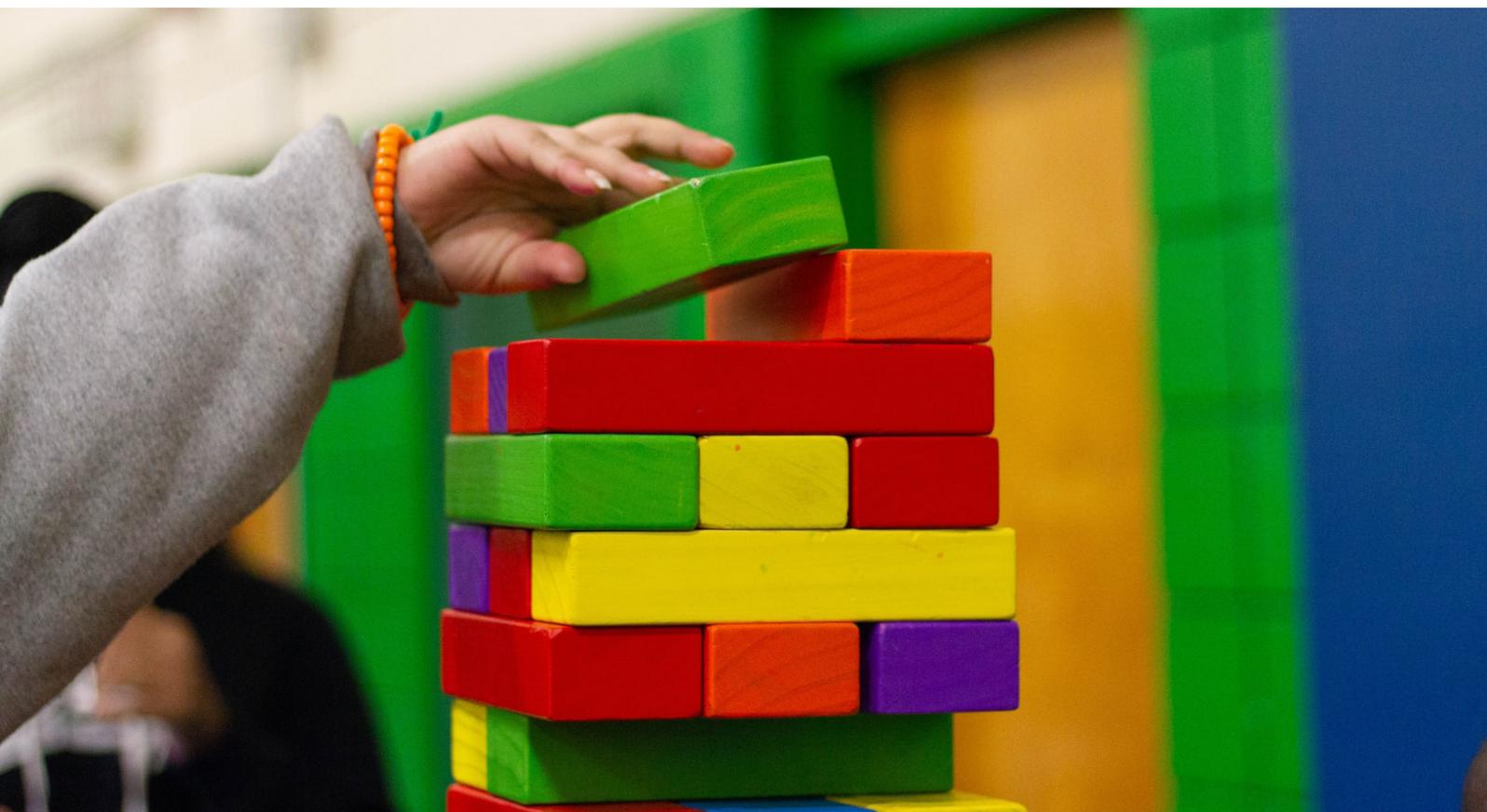
Die Erziehung, Bildung und Betreuung kleiner Kinder in der Kita oder durch Tagesmütter oder Tagesväter wird zusammen als Kindertagesbetreuung bezeichnet. Gute Kindertagesbetreuung trägt zu gleichen Startbedingungen bei und fördert die Entwicklung der Kinder unabhängig von den Möglichkeiten in den Elternhäusern. Als erster Bildungs-

und Erziehungsort außerhalb der Familie hat die Kindertagesbetreuung auch den Auftrag, Kinder auf das Zusammenleben in einer vielfältigen, demokratisch verfassten Gesellschaft vorzubereiten.

Wie genau Betreuungen organisiert sind und wie gut sie mit Personal und Materialien ausgestattet sind, unterscheidet sich sehr. Das liegt beispielsweise daran, dass sich meistens Städte und Gemeinden um die Kindertagesbetreuung kümmern. Manche Orte haben mehr Geld zur Verfügung, andere weniger.

Mitbestimmung im Alltag

Wusstest du, dass Kinder sich besser an Regeln halten, wenn sie diese selbst mit aufgestellt haben? Hier – bei den ganz Kleinen – fängt Demokratie an. Wie demokratisch es in einer Tagesbetreuung zugeht, hängt davon ab, wie viel Kinder mitreden dürfen: Zu welchem Spielplatz gehen wir heute? Wie lange dauert die Mittagsruhe? Was gibt es zu essen? Der Forschungsstand zeigt, dass Kinder oft unterschätzt werden, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen und Regeln gemeinsam auszuhandeln.



Bei der Vermittlung von Fähigkeiten wie Einfühlungsvermögen, Gerechtigkeitssinn und Selbstständigkeit schneidet die Kindertagesbetreuung in Deutschland nicht immer besonders gut ab. Weil Erzieher*innen Probleme mit Kindern oft nicht genügend besprechen, bewerten Expert*innen die Qualität der pädagogischen Beziehungen mitunter als mittelmäßig bis unzureichend. Kinder werden in der Tagesbetreuung noch zu selten nach ihrer Meinung gefragt und haben zu wenige Möglichkeiten, sich über das Verhalten ihrer Betreuer*innen zu beschweren. Es ist für viele Kinder eine alltägliche Erfahrung, dass Erzieher*innen sie zum Beispiel zum Essen drängen oder zum Liegenbleiben im Schlafraum zwingen.

Nicht nur das kann das Selbstbewusstsein von Kindern schwächen. Auch Vorurteile spielen früh eine Rolle. So gibt es Dreijährige, die sich beispielsweise nicht neben ein anderes Kind setzen wollen, das "komisch redet" – also einen Akzent hat. Schon früh sind Kindern auch Geschlechterklischees

bewusst. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn sie von Mädchen- und Jungenklamotten sprechen. Kinder bemerken auch, wenn sie selbst in Schubladen gesteckt werden und verinnerlichen die Vorurteile, mit denen sie selbst konfrontiert werden. Sie werden so schon früh Opfer oder Zeug*innen von → *Diskriminierung*. Und sie grenzen selbst andere aus oder isolieren sich von der Gruppe. In jedem Fall lernen sie das „Recht der Stärkeren“ kennen.

Kinder, die beispielsweise eine → *Migrationsgeschichte* haben, kämpfen schon in sehr jungen Jahren mit Vorurteilen. Diesen wird in der Tagesbetreuung oft nicht genug widersprochen. Das kann nicht nur am Verhalten des Personals liegen, sondern steckt zum Beispiel auch in Kinderbüchern, die Klischees bestätigen. In den meisten Geschichten kommen beispielsweise keine Personen vor, die nicht weiß sind – oder die aus einem anderen Land stammen. Es werden auch Familien vergessen, die nicht aus Vater, Mutter und Kind bestehen. Zum Spielen gibt es in der

Das sagen die Kinder

Die Berichtskommission hat Kinder über ihren Alltag in der Kindertagesbetreuung befragt.

In Bezug auf Regeln berichten Kinder beinahe ausschließlich, dass sie keinen Einfluss haben: „Bei uns gibt es viele Regeln, die werden aber von den Erzieherinnen gemacht.“ (16. KJB, S. 170)

Der Umgang mit Konflikten wird folgendermaßen beschrieben (16. KJB, S. 163):

„Die Erzieherin schimpft dann, und wenn der Streit nicht endet, dann darf gar keiner.“

„Meistens setzt sich einfach der Stärkere durch.“

„Es wäre gut, wenn die Erzieherin mehr mithelfen würde.“

„Kinder können da selber nichts machen.“



Kindertagesbetreuung oft nur hellhäutige Puppen oder Spielfiguren. Wenn beim Malen von Hautfarbe die Rede ist, ist meist hellrosa gemeint.

Kinderrechte ernst nehmen

Kinder haben laut UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Mitbestimmung und freie Meinungsäußerung. Diese Rechte müssen ihnen auch in der Kindertagesbetreuung zugestanden werden. Kinder müssen erfahren, dass ihre Meinung Gewicht hat und dass Regeln gemeinsam ausgehandelt werden können.

Sie müssen Gehör finden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen und sie müssen sich auch über das Verhalten von Erzieher*innen beschweren können. Nur so lernen Kinder, Grenzüberschreitungen zu erkennen, zu benennen und sich Diskriminierungen entgegenzustellen. Daher müssen verschiedene

Stellen geschaffen werden, an die sich Kinder, Eltern und Fachkräfte wenden können, wenn sie Probleme haben.

Pädagog*innen müssen den Kindern Mitbestimmung ermöglichen und diese einfordern, Regeln veränderbar gestalten und die eigene Machtstellung immer wieder hinterfragen. Sie müssen Vorurteile abbauen. Erzieher*innen sollten in Bezug auf Kinderrechte dringend besser aus- und fortgebildet werden – und all das muss sich auch in den Bildungsplänen der Bundesländer niederschlagen. Davon würden Betreuer*innen auch selbst profitieren, denn die Praxis zeigt, dass der Alltag in der Kinderbetreuung durch die Durchsetzung von Kinderrechten nicht etwa chaotischer, sondern entspannter wird.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung unterstreicht die Feststellung der Sachverständigenkommission, dass in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege erste Grundsteine für demokratische Bildung gelegt werden. Hier können Kinder erfahren, dass ihre Stimme gehört und ihre Rechte geachtet werden, sie können Konfliktfähigkeit lernen und alltäglich praktische Aushandlungsprozesse trainieren. Kinderrechte, Demokratiebildung und Partizipation sollten daher fester Bestandteil des pädagogischen Alltags sein und entsprechende Gewichtung in den Bildungsplänen der Länder, in der Ausbildung von Fachkräften sowie bei der Qualitätssicherung und -entwicklung früher Bildung finden.“ (16. KJB, S. 14)

„In Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sollten schon die Jüngsten erfahren, dass Fachkräfte auf sie und ihre Bedürfnisse eingehen. Grundlegend dafür sind Rahmenbedingungen, die gute pädagogische Qualität ermöglichen. Bestehende Erkenntnisse zu pädagogischen Prozessen und zur Interaktionsqualität in der Kindertagesbetreuung sollten daher aus Sicht der Bundesregierung ausgewertet und für die Praxis nutzbar gemacht werden, sodass eine Qualitätssteigerung erreicht werden kann. Das erfordert neben einer fundierten Ausbildung qualifizierte Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte und Leitungen von Kindertageseinrichtungen sowie kontinuierliche Fachberatung.“ (16. KJB, S. 14)



Jugend





4.1 Schule

Politische Bildung in der Schule ist mehr als das, was man im Politikunterricht lernt. Politische Bildung heißt auch Demokratieerfahrung – über alle Fächergrenzen hinweg. Das Ziel: eine demokratische Schule.

Aber was genau bringt → *politische Bildung* in der Schule? Schüler*innen lernen dadurch kritisch zu denken und mitzubestimmen. Studien zeigen, dass Schüler*innen demokratische Fähigkeiten wie Kompromissbereitschaft nicht allein durch bloße Wissensvermittlung erwerben. Sie brauchen in der Schule Möglichkeiten, → *Demokratie* hautnah zu erleben. Wie wär's, wenn Schüler*innen über das nächste Klassenfahrtziel abstimmen? Sie wenden dadurch ihr Wissen über demokratische Mitbestimmung an und erleben Demokratie als festen Bestandteil ihres Alltags.

Infobox: Was ist der Beutelsbacher Konsens?

Der Beutelsbacher Konsens legt die Spielregeln für die politische Bildung fest. Es gibt – kurz gesagt – drei Regeln:

- 1. Das Überwältigungsverbot:** Es ist verboten, Schüler*innen die eigene Meinung aufzudrücken und sie daran zu hindern, sich ein eigenes Urteil zu bilden.
- 2. Das Kontroversitätsgebot:** Verschiedene politische Meinungen sollen diskutiert werden. Schüler*innen üben so, unterschiedliche Ansichten auszuhalten.
- 3. Der Befähigungsauftrag:** Durch politische Bildung lernen Schüler*innen, politische Situationen einzuschätzen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und diese Interessen auch zu vertreten.

Müssen Lehrer*innen neutral sein?

Lehrer*innen dürfen den Schüler*innen nicht ihre eigene Meinung aufzwingen. Ein Missverständnis ist jedoch, dass Lehrer*innen sich politisch neutral verhalten oder „raushalten“ müssen. Der Beutelsbacher Konsens verlangt, dass Themen, die in der Öffentlichkeit umstritten sind, auch im Unterricht kontrovers diskutiert werden. Dabei ist politische Bildung immer den Menschenrechten, demokratischen Werten und Normen verpflichtet. Lehrkräfte sollten sich sehr deutlich gegen antidemokratische Überzeugungen, also zum Beispiel → *Rechtsextremismus*, aussprechen. Auch Inhalte und Programme von Parteien dürfen Bildungsgegenstand sein, solange dies ausgewogen geschieht und keine Meinung aufgedrängt wird.

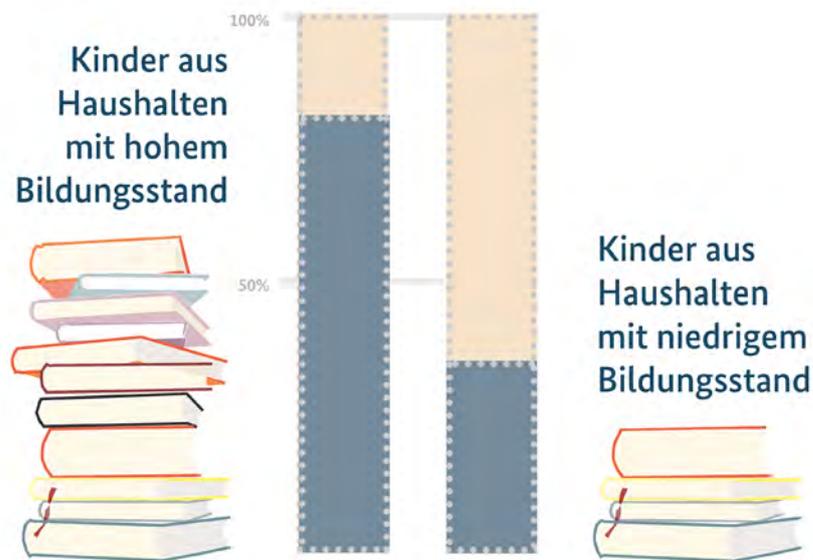
Das Ziel ist also nicht nur, dass Schüler*innen sich eine eigene Meinung bilden, sondern auch, dass sie lernen, mit unterschiedlichen Meinungen umzugehen und diese zu tolerieren – solange sie nicht demokratische Grundwerte wie die → *Menschenwürde* missachten.

Mitbestimmung in Schulen – mehr Schein als Sein?

Politische Bildung soll Schüler*innen zu mehr Mitbestimmung anregen. Aber wusstest du, dass zwei Drittel der Schüler*innen den Eindruck haben, dass sie keinen Einfluss auf ihren Unterricht haben? Besonders Grundschulen schneiden hier mangelhaft ab: Hier dürfen die Schüler*innen fast nie mitbestimmen, was im Unterricht gemacht wird. Dabei zeigen Studien, dass Schüler*innen zufriedener sind, wenn sie ihren Unterricht mitgestalten.

Derzeit nehmen viele Schüler*innen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten oft als bloßen Schein wahr: Sie dürfen ihre Meinung sagen, aber ihrer Erfahrung nach wird wenig davon umgesetzt. Zudem erleben Schüler*innen immer wieder, dass

Eigene Grafik. Quelle: Bildungsbericht 2020



Gegenüber Gleichaltrigen mit niedrigem Bildungsstand schlagen statushohe Schülerinnen und Schüler mit 79 Prozent fast dreimal so häufig die Gymnasiallaufbahn ein.

ihre Abstimmungsergebnisse nur dann umgesetzt werden, wenn diese mit den Erwartungen der Schule übereinstimmen. Schüler*innen machen teilweise Erfahrungen, die zwar als „demokratisch“ gelten, aber nur der Imagebildung der Schule nützen. Eine Gefahr dabei ist, dass Schüler*innen Demokratie als Heuchelei erleben. So berichtet eine Schülerin: „Wir haben eine Schüler*innenvertretung, aber da tut sich gar nichts, das geht ins Leere und oftmals werden Aktionen auch von den Lehrkräften abgeblockt“ (16. KJB, S. 232). Klingt das vertraut?

Die Schule soll „ein Erfahrungsraum für Demokratie“ (16. KJB, S. 217) sein, schreiben die Mitglieder der Sachverständigenkommission. Konkret bedeutet das für Schüler*innen, dass sie mitbestimmen und sich einbringen können. In der Schulkonferenz beraten und entscheiden Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern zum Beispiel über Ganztagsangebote. Innerhalb der Schulklasse wählen Schüler*innen Klassensprecher*innen, die ihre Interessen vertreten. An allen Schulen gibt es einen Schüler*innenbeirat, auch wenn er nicht überall so heißt. Er ist ein Zusammenschluss der Klassensprecher*innen aller Klassen. Gemeinsam

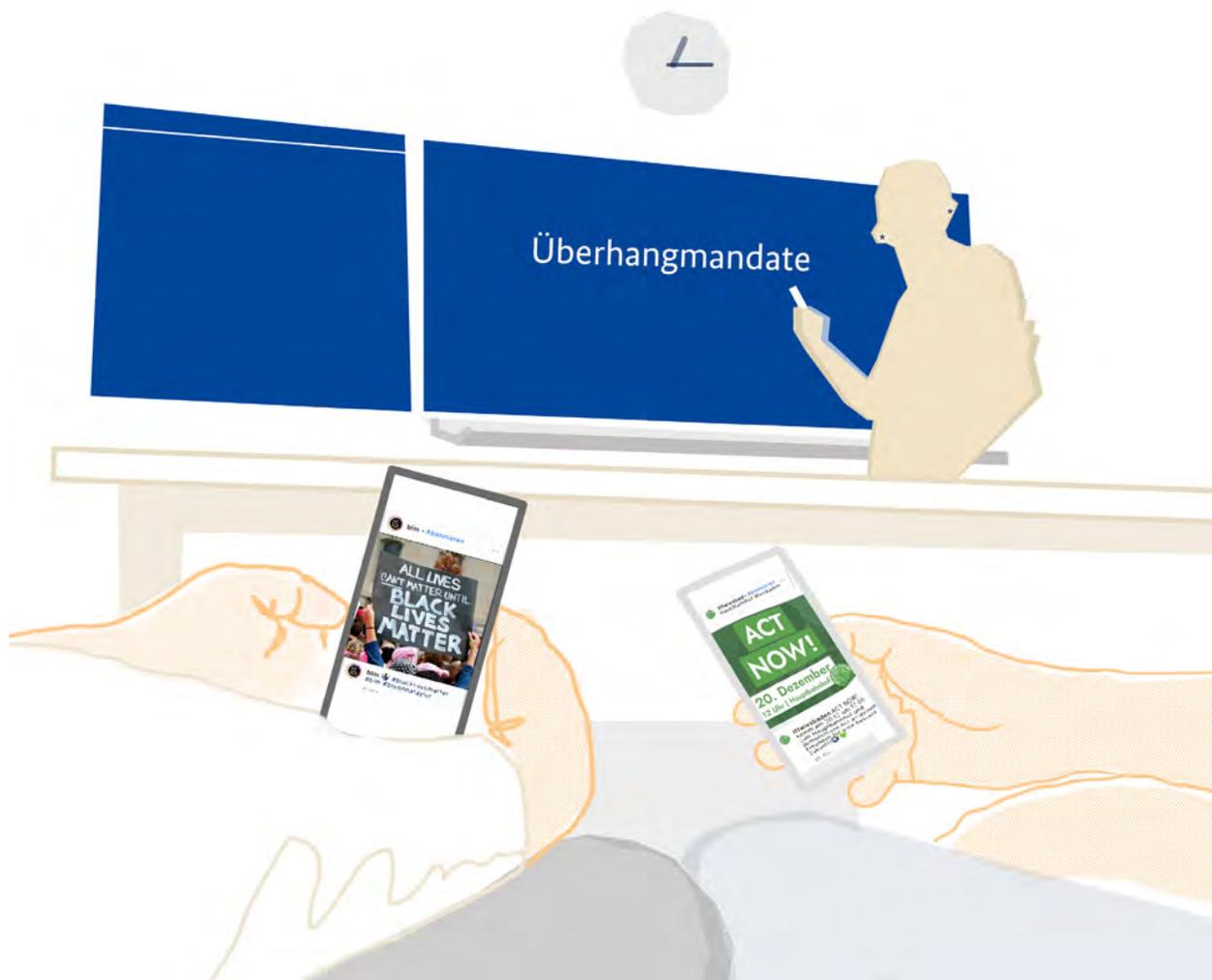
wollen diese das Schulleben gestalten. Sie wählen Vertrauenslehrer*innen und bringen eigene Ideen in den Schulalltag ein.

Ein Beispiel: Stell dir vor, Smartphones sind an deiner Schule strikt verboten. Der Schüler*innenbeirat kann dann vorschlagen, wie die Geräte sinnvoll in den Unterricht eingebunden werden können.

Schule als Spiegel der Gesellschaft?

In den Schulen spiegelt sich die Gesellschaft wieder. Die → *Diskriminierung* von Menschen mit Behinderung (→ *Ableismus*) und die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres sozialen Status' (→ *Klassismus*) gibt es auch in den Schulen: bei Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulleiter*innen.

Beispielsweise treffen Schüler*innen mit Fluchterfahrung auf rechtsextremistische Einstellungen, die an Schulen immer stärker zu finden sind. Manche Minderheiten wie etwa



Themen, die im Politikunterricht behandelt werden vs. Themen, die Schüler*innen sich wünschen, Illustration: Alisa Sawchuk

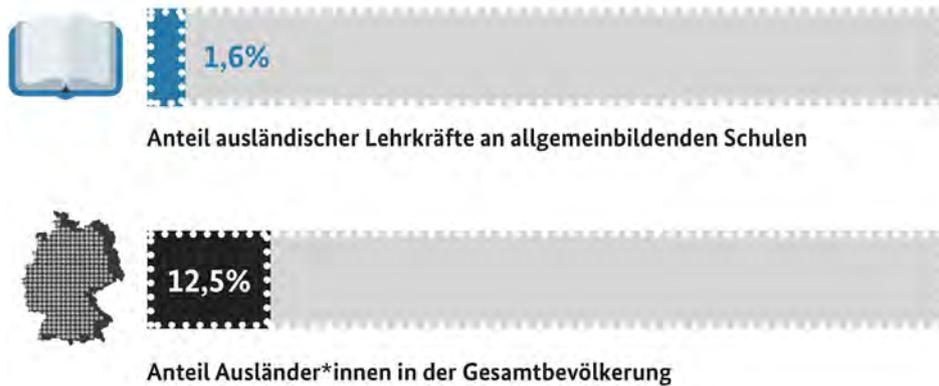
Menschen mit → *Migrationsgeschichte* werden nach wie vor häufig von höherer Bildung ausgeschlossen. Das hat unter anderem mit Auswahlprozessen an Schulen und der Diskriminierung von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte zu tun. Die Bildung und der Geldbeutel der Eltern haben zudem noch immer einen starken Einfluss auf die spätere Laufbahn ihrer Kinder.

Studien haben gezeigt, dass solche sozialen Ungleichheiten eng damit zusammenhängen, wie viel politische Bildung Kinder und Jugendliche erfahren. Der Titel einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung fasst die Ungerechtigkeit in der politischen Bildung in Deutschland wie folgt zusammen: "Wer hat, dem wird gegeben". Im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung wird aber auch aufgezeigt, dass gute politische Bildung für alle helfen kann, Bildung insgesamt gerechter zu machen. Schulsozialarbeiter*innen tragen dazu bei, dass es weniger Ausgrenzung an Schulen gibt. Sie

unterstützen Schüler*innen dabei, antidemokratische Tendenzen zu erkennen und sich ihnen entgegenzustellen. Außerdem ermöglichen sie politische und kulturelle Bildungsprojekte: Wie wäre es zum Beispiel mit einer Projektwoche zum Thema Online-Aktivismus?

Mehr Politikunterricht!

Schüler*innen fordern: „Wir wollen mehr Politikunterricht.“ In Deutschland ist das Unterrichtsfach Politik nicht in allen Landesverfassungen verankert und es heißt in jedem Bundesland ein bisschen anders. Politische Bildung steht in den meisten Bundesländern erst ab der siebten oder achten Klasse auf dem Stundenplan. Dabei ist gerade die Grundschulzeit für die Demokratiebildung sehr wichtig. Zahlreiche Studien und Erfahrungen aus dem Schulalltag belegen: Kinder interessieren sich für Fragen des



Eigene Grafik. Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis)

gesellschaftlichen und sozialen Zusammenlebens. Sie diskutieren gerne über demokratische Werte. Der Sachunterricht an deutschen Grundschulen beschäftigt sich allerdings bisher stärker mit Naturwissenschaften, Geschichte und Geografie.

Die Kommissionsmitglieder kritisieren: In der gesamten Schullaufbahn erhalten Schüler*innen zu wenig politische Bildung. Das Unterrichtsfach macht nur 2,6 Prozent der kompletten schulischen Bildung aus. Es gibt außerdem starke Unterschiede zwischen den verschiedenen Schulformen wie Förderschulen, Gymnasien oder Hauptschulen. Mehr Politikunterricht allein reicht aber nicht: Es muss auch guter Unterricht sein. Thematisiert werden bislang meist klassische Themen. Lehrer*innen gewichten beispielsweise das Thema Wirtschaft zu stark. Auch das politische System Deutschlands ist ein Dauerbrenner. Besonders wenig sprechen Schüler*innen im Unterricht aber über die Themen, die sie täglich beschäftigen: Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder Rechtsextremismus.



Probleme in der Ausbildung von Lehrer*innen

Lehrer*innen haben einen großen Einfluss darauf, wie viel Schüler*innen lernen. Je besser der Unterricht, desto mehr Bildungsziele werden erreicht. Allerdings müssen die meisten Lehrer*innen Sachunterricht häufig ohne die entsprechende Vorbereitung im Studium unterrichten. Auch der Politikunterricht wird oft von fachfremdem Lehrer*innen erteilt. Teilweise sind das bis zu 44 Prozent.

Viele Schüler*innen haben eine Migrationsgeschichte. Bei den Lehrer*innen sind es deutlich weniger. Für eine vielfältigere Lehrer*innenschaft und Schule ist es notwendig, dass sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für diesen Beruf entscheiden.

Unterschätze Potenziale: Ganztagschulen

Ganztagschulen können mit Organisationen wie Sportvereinen oder Musikschulen zusammenarbeiten und auf diese Weise mehr Bildungsangebote schaffen. Die Voraussetzungen

In Bayern erhalten Gymnasiast*innen acht Mal so viele Wochenstunden Geografieunterricht wie Politikunterricht.

Eigene Grafik. Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht



iStock: fotografiix

für solche Kooperationen sind vorhanden. Damit haben Ganztagschulen großes Potenzial, das von den Schulen noch ausgeschöpft werden kann. Denkbar sind auch Themenwochen zu → *Rassismus* oder zur Klimakrise sowie interaktive Seminare, bei denen Schüler*innen lernen, mit neuen Medien umzugehen oder Theaterstücke auf die Beine zu stellen. Die Liste an Möglichkeiten ist lang. Momentan stehen die Organisator*innen solcher Projekte vor der Herausforderung, mit Schüler*innen zu arbeiten, die in ihrem Schulalltag eher weniger mitbestimmen dürfen und deshalb nicht darin geübt sind. Die Organisator*innen dürfen zudem meist nicht mitsprechen, wenn es um die Schule insgesamt geht.

Neben den Bildungsangeboten muss es in der Ganztagschule auch Freiräume geben. Es ist wichtig, dass Schüler*innen darin unterstützt werden,

selbst über ihre Zeit zu bestimmen. So lernen sie Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

Politische Bildung in der Schule der Zukunft

Politische Bildung sollte mit mindestens zwei Unterrichtsstunden wöchentlich auf dem Stundenplan aller Schüler*innen der Klassen 5 bis 10 stehen, fordert die Kommission. Außerdem empfiehlt sie mindestens fünf Unterrichtstage pro Schuljahr für die Demokratiebildung außerhalb des Unterrichts. Lehrer*innen müssen dementsprechend dringend weiter- und ausgebildet werden: Wichtig ist, dass sie in ihrem Unterricht verschiedene Sichtweisen berücksichtigen. Das beinhaltet unter anderem, dass sie Schüler*innen mitbestimmen lassen. Außerdem

sollten sie sich kritisch mit Ausgrenzungsformen wie zum Beispiel Rassismus auseinandersetzen. Alle angehenden Lehrer*innen sollten verpflichtend darin ausgebildet werden, wie sie demokratische Werte im Unterricht vermitteln. Das gilt vor allem auch für den Sachunterricht an Grundschulen. Die Länder müssen ihre Lehrpläne für politische Bildung anpassen.

Junge Menschen erfahren auch in der Schule regelmäßig Abwertung und Ausgrenzung. Deshalb ist es wichtig, dass Schüler*innen und Lehrer*innen sich regelmäßig mit Diskriminierung auseinandersetzen – nicht nur im Politikunterricht. Die Schule muss Kritik zulassen und auf diese eingehen. Die

Schulsozialarbeit kann Demokratiebildung fördern. Wünschenswert wäre, dass Schulsozialarbeiter*innen sich in ihrer Ausbildung mehr mit demokratischer Bildung beschäftigen und diese auch im Schulalltag öfter thematisieren. Einige Bundesländer müssten zudem ihre Verfassung ändern, fordert die Kommission. Denn alle Schüler*innen sollten ein Recht auf politische Bildung haben, das in der Landesverfassung verankert ist. Schüler*innen sollten zudem bereits in der Schule Demokratieerfahrungen machen können. Das gilt für alle Fächer – für Deutsch wie für Sport.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung nimmt die schulpolitischen Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichts auf, weist aber darauf hin, dass die Zuständigkeit für die schulische Bildung entsprechend der föderalen Ordnung bei den Ländern liegt. Unabhängig davon teilt die Bundesregierung die Einschätzung der hohen Bedeutung der Schule für die politische Bildung und spricht sich für eine Stärkung ihrer gesellschaftspolitischen Funktion aus. Schule ist die pädagogische Institution, die im Bildungsverlauf von allen Kindern und Jugendlichen durchlaufen wird; damit kommt ihr eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung politischen Wissens und demokratischer Werte zu.

Schule ist nicht nur ein zentraler Ort des Lernens, sondern auch des alltäglichen Lebens. Politische Bildung in und an Schule ist daher nicht allein auf ein Unterrichtsfach beschränkt, sondern es geht maßgeblich auch um eine demokratische Schulkultur einschließlich wirksamer Mitbestimmung durch die Schülerinnen und Schüler.“ (16. KJB, S. 15)

„Auch aus Sicht der Bundesregierung bietet Ganztagsbildung große Chancen für die politische Bildung, die mit der Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagsbildung im Grundschulalter nochmals stärker zur Geltung kommen können. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Berichts, dass die Potenziale politischer Bildung im Ganzttag durch eine verstärkte Kooperation zwischen außerschulischen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen noch besser ausgeschöpft werden könnten. So kann die politische Kinder- und Jugendbildung über Projektstage, Projektwochen oder andere zeitlich befristete Angebote hinaus zum Tragen kommen und es bietet sich die Möglichkeit, außerhalb des Unterrichts demokratische Werte zu vermitteln und demokratische Prozesse erfahrbar zu machen. Die Bundesregierung unterstreicht die Notwendigkeit solcher Kooperationen, die sich durch Augenhöhe, eine wechselseitige Anerkennung der Stärken und Rollen und gemeinsame Verantwortungsübernahme auszeichnen. Sie unterstützt zudem ausdrücklich aktuelle Überlegungen, Ganztagsmodelle im Sinne einer Eigenständigen Jugendpolitik stärker auch ausgehend von den Perspektiven und Interessen älterer Schülerinnen und Schüler sowie unter deren Beteiligung zu gestalten und weiterzuentwickeln. Dies hat sie bereits in der Jugendstrategie der Bundesregierung als Handlungsbedarf benannt.“ (16. KJB, S. 15 f.)

4.2 Parteinaher Jugendbildung

Wusstest du, dass insgesamt 225.000 junge Menschen in Deutschland Mitglieder in Jugendorganisationen von Parteien sind? Das sind fast drei Mal so viele Menschen wie in die Allianz-Arena in München passen.

Diese Jugendorganisationen tragen mit ihren Aktivitäten zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen bei. Sie veranstalten Treffen, bei denen Jugendliche über aktuelle politische Themen diskutieren und sich dazu positionieren können. Sie organisieren lokale Wahlkämpfe oder laden zum Austausch mit Politiker*innen der Mutterpartei ein. Doch nicht nur das. Sie setzen auch eigene politische Akzente innerhalb ihrer Partei. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Nachwuchsförderung: In der Jugendorganisation lernen Jugendliche die politische Praxis kennen – zum Beispiel als gewählte Vertreter*innen im Gemeinde- oder im Stadtrat. Um Aktivitäten unabhängig von ihren Mutterparteien zu organisieren, benötigen Parteijugendorganisationen finanzielle Unterstützung. Das Bundesjugendministerium hat die Förderbeträge für die Jugendorganisationen der Parteien in den letzten zehn Jahren deshalb um 31 Prozent erhöht.

Angebote von Stiftungen

Zu fast jeder großen Partei gibt es auch eine parteinaher Stiftung, die mit dem Ziel gegründet wurde, sich für die politische Bildung von Bürger*innen einzusetzen. Parteinah bedeutet, dass die Stiftungen die Werte und politischen Ziele der Partei vertreten, der sie nahestehen. Organisatorisch sind sie jedoch von der Partei getrennt. Politische Bildung ist das „Herzstück“ der Stiftungsarbeit. In den vergangenen Jahren haben die parteinahen Stiftungen sich immer mehr auf Veranstaltungen und Entwicklungsarbeit im Ausland sowie Studien- und

Stipendiat*innenförderung konzentriert. Ein Stipendium umfasst dabei finanzielle sowie ideelle Förderung. Die ideelle Förderung beinhaltet zum Beispiel Seminare zu aktuellen politischen Themen oder Diskussionen über die Werte, die die Partei vertritt. Übrigens: Die meisten jungen Menschen, die an Bildungsangeboten der Stiftungen teilnehmen, sind keine Mitglieder der jeweiligen Partei (nämlich 60 bis 80 Prozent).

Parteien: attraktiv für junge Menschen?

Nur noch wenige junge Menschen entscheiden sich für eine Parteimitgliedschaft. Dabei gibt es gute Gründe, Mitglied zu werden. Die es tun, nennen als Motivation vor allem den Erwerb von Fähigkeiten, die für das Berufsleben nützlich sind und der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit dienen. Es gibt aber auch Hürden auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft. Wer eintreten will, muss oft ein Mindestalter haben, häufig eine deutsche oder europäische Staatsangehörigkeit besitzen und immer einen – wenn auch ermäßigten – Mitgliedsbeitrag leisten.

Junge Menschen interessieren sich durchaus für Politik und werden politisch aktiv. Häufig schließen sie sich sozialen Bewegungen an, die ein klar umrissenes Ziel verfolgen (→ Kapitel 4.3). Zum Beispiel Fridays for Future, die auf die Klimakrise aufmerksam machen und zum schnellen Handeln auffordern. Parteien konkurrieren mit sozialen Bewegungen um die Zeit und das Interesse junger Menschen. Um wieder mehr Jugendliche erreichen zu können, müssen Parteien dafür sorgen, dass „der Nutzen von Parteien bzw. der individuelle und gesellschaftliche Mehrwert einer aktiven Mitarbeit in diesen Institutionen [...] für junge Menschen wieder stärker sichtbar [wird]“ (16. KJB, S. 432).



Mitgliedschaft zum Testen

Doch wie kann das gelingen? Einige Parteien bieten unverbindliche und günstige Probemitgliedschaften an. So können junge Menschen eine Partei über einen begrenzten Zeitraum kennenlernen und selbst erleben, welche Rolle Parteien innerhalb einer parlamentarischen Demokratie spielen und wie sie funktionieren. Probemitgliedschaften können eine Parteimitgliedschaft also interessanter machen und

gleichzeitig einen politischen Bildungsauftrag erfüllen. Denn dieser wird momentan hauptsächlich von den Jugendorganisationen und den Stiftungen erfüllt.

Wünschenswert wäre auch, dass parteinahe Stiftungen sich wieder gezielter an ein jüngeres Publikum wenden, also „sich stärker als aktive Akteure der politischen Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche begreifen und hier mehr Aktivität entfalten“ (16. KJB, S. 540), schreibt die Berichtskommission.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Nach Überzeugung der Bundesregierung leisten Jugendorganisationen politischer Parteien wichtige und kompetente Arbeit für die politische Bildung junger Menschen. Ebenso wie parteinahe Stiftungen verfügen sie über weitreichende Ressourcen für die politische Jugendbildung. Um ihre gegenüber den Mutterparteien eigenständige Jugendarbeit zu unterstützen, werden die Parteijugendorganisationen mit einer eigenen Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Wenngleich zum Beispiel die Parteistiftungen im Bundesausschuss Politische Bildung vertreten sind, ist die Zusammenarbeit der Parteijugendorganisationen mit anderen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit zweifellos ausbaufähig.“ (16. KJB, S. 20)



4.3 Proteste, soziale Bewegungen und Jugendkulturen

Freitags für mehr Klimaschutz demonstrieren und sich nebenbei online mit anderen Aktivist*innen vernetzen? Sich für Geschlechtergerechtigkeit und die → *LGBTQI-Gemeinschaft stark machen? Deutschraps hören und davon träumen, später millionenfach bei Spotify abgespielt zu werden? So unterschiedlich die Wünsche und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland sind, so vielfältig sind auch Jugendkulturen und soziale Jugendbewegungen. Gemeinsam haben sie: Jugendliche (er-)leben und gestalten politische Bildung selbst – und das abseits vom Klassenzimmer oder Räumen, in denen normalerweise Erwachsene das Sagen haben.**

Wie du als junger Mensch dein Leben gestaltest, hängt auch von der Jugendkultur ab, zu der du dich zugehörig fühlst. Jugendkulturen sind elternfreie Zonen, in denen dich ein gemeinsamer Lebensstil mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen verbindet. Ob und welcher Szene du angehörst, verrät unter Umständen dein Sprach- und Kleidungsstil. Punks oder Emos etwa grenzen sich durch ihr Erscheinungsbild von anderen Moden und Einstellungen ab. Solche Gemeinschaften können – wenn auch unbewusst – deine Haltungen oder Werte beeinflussen.

Dabei sind solche Szenen schnelllebig. Was heute noch im Trend war, kann morgen schon out sein.

Deswegen ist es auch so schwierig, Lebensweisen junger Menschen in Kategorien einzuordnen.

Schon gar nicht lässt sich die gesamte Jugend einer einzigen Kultur zuordnen. Viel zu verschieden sind Jugendliche, was Herkunft, Alter, Geschlecht und eben auch die Jugendkultur, der sie angehören, betrifft.

Zwischen Hype und Lebensrealität: Deutschrapp

HipHop ist nur eine von vielen Jugendkulturen – aber derzeit wohl die populärste und einflussreichste. Hast du gewusst, dass 75 Prozent der 14- bis 19-Jährigen gerne Rap oder HipHop hören? Als Musikrichtung, die ursprünglich nicht zum Mainstream gehörte, fesselt sie mittlerweile sehr viele junge Menschen und beeinflusst ihre Lebenswelt.

Die Songtexte gefeierter Deutschrapp-Stars wie Capital Bra oder Loredana haben eindeutige Botschaften für ihre Hörer*innen: Die Rapper*innen prahlen mit Ruhm, Reichtum und Rausch – ohne Rücksicht auf Verluste. Sie schreiben ihre eigenen Regeln, begehren Luxusmarken und haben den sozialen Aufstieg geschafft. Das Versprechen: Auch du kannst das schaffen, wenn du die richtige Einstellung hast. Darüber hinaus widmen sich die Texte auch Themen wie Herkunft und Familie. Auf den ersten Blick erscheinen die Inhalte dieser Songs nicht sonderlich politisch. Aber: HipHop-Künstler*innen teilen ihre Ansichten oder ihre Kritik an Alltagsleben und Gesellschaft und bewegen sich damit doch auf politischem Gebiet. Die Texte können Menschen in ihrem Handeln beeinflussen. Wenn sich ein populärer Rap-Song zum Beispiel mit der Erfahrung von Armut in der Kindheit befasst, kann das zur Auseinandersetzung mit Kinderarmut in Deutschland anregen.

Die Inhalte der Songs bilden die Lebensrealität von vielen Kindern und Jugendlichen ab. Die meisten Rap-Künstler*innen stammen nicht aus reichen Elternhäusern. Wenn ihre Idole über sozialen Aufstieg und Chancengleichheit rappen, fühlen sich Jugendliche aus ähnlichen Verhältnissen also verstanden. Die Mischung aus privaten Themen und einem Lebensstil, von dem viele Jugendliche träumen, trifft einen

Nerv: Capital Bra hatte mit 19 Nummer-Eins-Hits mittlerweile mehr Erfolg auf dem deutschen Markt, als es die Beatles je hatten. Welche konkreten Auswirkungen Deutschrapp-Songtexte auf das Denken von Jugendlichen haben, ist allerdings kaum erforscht.

Lieder von Künstler*innen, die deutlich politische Missstände abbilden, werden bedeutend weniger gestreamt als andere. Dabei existiert auch viel explizit politischer, alternativer Deutschrapp.

Ein Beispiel ist der Rapper Trettmann, der sich in „Stolpersteine“ mit der deutschen Gedenkkultur nach der NS-Zeit befasst. Diese politischen Künstler*innen werden gehört, aber bei weitem nicht so beständig gefeiert wie der sogenannte „Gangsterrap“: „Mercedes“ von Eno beschäftigt sich beispielsweise mit anderen Themen: „Die mattschwarze Politur von meinem Benzer; die spiegelt nur die Tatsache, dass ich Geld mach“. Dieser Song wurde weit über 50 Millionen Mal abgespielt, Trettmanns „Stolpersteine“ hingegen ‚nur‘ sechs Millionen Mal.

Jugendkultur, Protest oder soziale Bewegung?

Politische Songtexte beweisen: Eine Jugendkultur wie HipHop kann Kritik an der Gesellschaft üben. Das Gleiche machen auch Protestbewegungen wie Fridays for Future. Dennoch sind das zwei unterschiedliche Dinge. Ab wann spricht man also von Protest oder von einer sozialen Bewegung?

Eine Protestbewegung entsteht, sobald sich Menschen organisieren und gemeinsame politische Ziele verfolgen. So wie 2008 in Köln-Kalk, als zahlreiche junge Menschen auf die Straße gingen, nachdem ein migrantischer Junge ermordet wurde. Was zunächst als spontane Zusammenkunft ohne Struktur begann, entwickelte sich mit der Zeit zu einer öffentlichen Protestbewegung. Die Jugendlichen organisierten sich. Ihr gemeinsames Ziel war es, ein Zeichen gegen Diskriminierung durch die Polizei und den Staat zu setzen. Das Beispiel zeigt: Proteste verleihen jungen Menschen eine Stimme, die sonst in der Politik ungehört bleibt. Die Jugendlichen lernen auf den Straßen, wie sie ihre Wut in politische Forderungen umwandeln können. Eine soziale Bewegung ist der Protest in Köln aber

noch nicht. Vielmehr kann er als Teil bereits bestehender sozialer Bewegungen verstanden werden, die über einen längeren Zeitraum gesellschaftlichen Wandel fordern.

“Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut”

Das derzeit prominenteste Beispiel einer von Jugendlichen getragenen Bewegung ist Fridays for Future (FFF). Seit Ende 2018 organisieren mehrheitlich Schüler*innen und Studierende Demonstrationen und bringen damit ihre Interessen auf die Straße und auf den Tisch von Politiker*innen. Angestoßen wurden die globalen Proteste durch die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg, die mit ihrem wöchentlichen Klimastreik weltweit bekannt wurde. Im Sommer 2019 – dem vorläufigen Höhepunkt der Bewegung – existierten allein in Deutschland mehr als 500 FFF-Ortsgruppen.

Auffällig ist, dass die Teilnehmenden der Fridays-for-Future-Proteste neben dem Interesse für Umweltschutz viele weitere Gemeinsamkeiten teilen: Sie stammen oft aus einem akademischen Haushalt und ihre Eltern verdienen gut. Menschen mit → *Migrationshintergrund* sind weniger vertreten: Während deutschlandweit 30 Prozent der

15- bis 20-Jährigen eine Migrationsgeschichte haben, sind es bei Fridays for Future nur 17 Prozent. In der Bewegung fehlt es an Perspektiven, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden. Dort tauschen sich vor allem Menschen aus, die sowieso schon ähnliche Meinungen und Überzeugungen teilen. Dabei lebt Demokratie vom bunten Austausch.

Jugendprotest: Demokratie hautnah

Vielen jungen Aktivist*innen ist das Umweltbewusstsein und die Protestkultur sozusagen in die Wiege gelegt worden. Denn viele Eltern der Demo-Teilnehmenden sind als junge Menschen selbst auf die Straße gegangen, um sich für eine Energiewende stark zu machen. Das Beispiel zeigt deutlich, wie politische Bildung bereits zu Hause am Küchentisch vermittelt werden kann (→ Kapitel 3.1).

Jugendliche erfahren darüber hinaus durch eigene Proteste Demokratie hautnah. Und das nicht nur bei den Protesten selbst. Denn bevor es auf die Straße geht, entwickeln Jugendliche ihre Forderungen selbst und stimmen basisdemokratisch über Aktionen ab. Bei FFF finden zum Beispiel wöchentliche Telefonkonferenzen statt. Es wird gemeinsam über Entscheidungen und Ziele der Bewegung diskutiert. Jugendliche lernen durch den Protest, wie Versammlungen

Wo liegt der Unterschied?

Soziale Bewegung:

- ... wird von einzelnen Personen, Gruppen, Initiativen, Netzwerken, usw. unterstützt.
- ... fordert gesellschaftliche Veränderung über einen längeren Zeitraum.
- ... setzt sich für Fortschritt (zum Beispiel „Gleichberechtigung für Frauen“) oder Rückschritte ein (zum Beispiel „Grenzen schließen in Deutschland“).
- ... vertritt ein Wir-Gefühl, zum Beispiel durch Symbole und Slogans.

Protest:

- ... kann von einzelnen Personen organisiert werden.
- ... ist eher kurzfristig und über keinen langen Zeitraum angesetzt.
- ... adressiert ein aktuelles Thema und setzt sich nicht unbedingt für einen langfristigen gesellschaftlichen Wandel ein.

Übrigens: Jugendkulturen können Proteste und soziale Bewegungen beeinflussen, ihr Ursprung oder eine Folge sein.



Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht

organisiert werden und welche Rolle dabei beispielsweise das Ordnungsamt spielt.

Durch ihr Engagement lernen sie, mit rechtlichen Vorgaben umzugehen – und wie man eine erfolgreiche Demonstration auf die Beine stellt. Mit ihren Forderungen zeigen sie auf, dass es Alternativen zur aktuellen Klimapolitik gibt. Nicht zuletzt deswegen werden Jugendbewegungen auch als „Politik von unten“ bezeichnet. Umfragen bestätigen: Viele FFF-Teilnehmenden sind davon überzeugt, dass die Demonstrationen dazu beitragen, dass Politiker*innen ihre Versprechen einhalten und somit die globale Erderwärmung reduziert werden kann. Soziale Jugendbewegungen stärken das Demokratiebewusstsein ihrer Mitglieder und vermitteln jungen Menschen, dass sie demokratisches Zusammenleben durch ihre Forderungen mitgestalten können.

Vielfalt leben: Die LGBTQI*-Bewegung

Nicht nur der Umweltschutz ist ein Thema, für das sich Jugendliche stark machen. Auch der Einsatz für die Rechte der →LGBTQI*-Gemeinschaft bewegt junge Menschen. Seit Jahrzehnten setzen sich viele Vereine und Initiativen für die Anerkennung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, →*trans**, →*inter** und →*queeren* Lebensentwürfen ein. Das ist herausfordernd, weil gesamtgesellschaftlich noch immer die Beziehung zwischen Mann und Frau als Standard angesehen wird. Auch Geschlechter werden nach wie vor binär gedacht, das bedeutet: Es wird davon ausgegangen, dass es nur Männer und Frauen gibt. Alles, was davon abweicht, wird immer noch selten gesellschaftlich akzeptiert. Die LGBTQI*-Bewegung kämpft gegen Verachtung, Hass und Ignoranz. Trotz aller Hürden konnte die Bewegung in den letzten Jahrzehnten Erfolge feiern, wie beispielsweise die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe im Jahr 2017. Die Aktivist*innen



Unsplash: Tristan Billet

setzen sich für die Basis unserer Demokratie ein: persönliche Selbstbestimmung, die Stärkung von Freiheitsrechten und Gleichheit. Die Bewegung ist zudem ein wichtiger Ort für Jugendliche, um ihre eigene Identität finden und stärken zu können. Damit das auch gelingt, brauchen queere Jugendliche, die im Alltag oft Diskriminierung erfahren, sichere Räume. Dort können sie sich austauschen und werden akzeptiert.

Die Identitäre Bewegung: Nazis im Hipster-Look

Wie sieht es hingegen aus, wenn die Ziele einer Jugendbewegung antidemokratisch sind? Ein Beispiel hierfür ist die rechtsradikale Identitäre Bewegung (IB). Seit Herbst 2012 versuchen ihre Mitglieder, in einer hippen Aufmachung Demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen gezielt unter jungen Menschen zu verbreiten. Sneaker, Seemannsmütze und Jutebeutel – äußerlich lassen sich Hipster und Identitäre nicht unterscheiden. Der Name der Gruppe vermittelt, dass es sich um eine Bewegung handelt. Dabei ist die IB das genaue Gegenteil einer demokratischen Protestform. Hinter der vermeintlichen „Bewegung“ stecken derzeit circa 300 bis 500 Rechtsradikale zwischen 15 und 35 Jahren, die sich nach einer strengen Hierarchie organisieren und europaweit mit anderen Neonazis vernetzt sind. Sie sprechen von „Völkervielfalt“, „Volksdemokratie“ und „Ethnopluralismus“. Das sind beschönigende Begriffe, die verwendet werden, um rassistische Forderungen zu verschleiern. Tatsächlich meinen die Anhänger*innen der Identitären damit eine Gesellschaft, die nach angeblichen „Rassen“ getrennt werden soll. Sie lehnen die „Vermischung“ mit anderen Kulturen ab. Das forderten Nationalsozialist*innen schon 1933.

Hip, neu oder modern ist diese Weltanschauung also überhaupt nicht. Gefährlich ist, dass die IB durch medienwirksame Aktionen und Bildungsangebote wie Hausaufgabenhilfe oder Erklärvideos für Schülerzeitungen schleichend versucht, Jugendliche für sich zu gewinnen. Anders als die sozialen Protestbewegungen, die Raum für Austausch

bieten, gibt es bei den Identitären keinen Platz zur Selbstentfaltung. Entscheidungen werden nicht demokratisch beschlossen, sondern von den obersten Verantwortlichen vorgegeben. Wer Teil der IB werden möchte, muss sich strengen Regeln und Strukturen unterwerfen. Dazu gehören auch sogenannte Bewährungsproben, um in der Gruppe aufsteigen zu können.

Auch wenn die IB mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet wird und sie sich vorerst aus dem öffentlichen Raum zurückgezogen hat, verbreiten sich ihre menschenfeindlichen Ansichten online weiter. Wenn (neu-)rechte Bewegungen Räume einnehmen und undemokratische Werte vermitteln, stellt das eine Gefahr für die vielfältige Gesellschaft dar, die andere soziale Bewegungen mühsam erkämpft haben.

Wie können politische Bewegungen zugänglicher werden?

- Politische Bewegungen sollten die Selbstorganisation fördern.
- Politische Bewegungen und Proteste sollten Minderheiten stärker willkommen heißen und einbeziehen.
- Protest und politisches Engagement sollten auch in der Bildung nähergebracht werden.

4.4 Kinder- und Jugendarbeit

Vielleicht hast du schon mal mit deinem Sportverein an einem Workshop zum Thema Zivilcourage teilgenommen oder engagierst dich in der Umweltjugendgruppe deiner Stadt? Vielleicht gehst du regelmäßig in den Jugendclub in deiner Straße? Oder hast du schon mal an einem Projekt von Streetworker*innen teilgenommen?

Das alles sind Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Hier kannst du politische Bildung in deiner Freizeit erleben. Wo und wie genau das abläuft, ist unterschiedlich. In außerschulischen Jugendbildungsstätten, in Jugendgruppen und -verbänden, in offenen Jugendzentren oder in der aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit können Jugendliche viel über Demokratie und Politik lernen und erfahren.

Mitbestimmen und machen lassen

Im Gegensatz zur Schule ist die Kinder- und Jugendarbeit freiwillig: Kinder und Jugendliche entscheiden selbst, an welchen Angeboten sie teilnehmen. Und sie können viel selbst- und mitbestimmen, zum Beispiel die Themen, über die gesprochen werden soll, welche Aktivitäten unternommen werden oder auch, wann etwa der Jugendclub öffnet und schließt. Dabei müssen sie sich untereinander abstimmen und lernen quasi ganz nebenbei, Entscheidungen (demokratisch) zu treffen.

Es gibt aber auch Angebote, die ein konkretes politisches Thema haben, wie beispielsweise ein Workshop zum Thema Kolonialismus oder zur europäischen Asylpolitik. Manchmal bringen sich auch Jugendliche selbst mit einem Vorschlag ein und besprechen diesen dann.

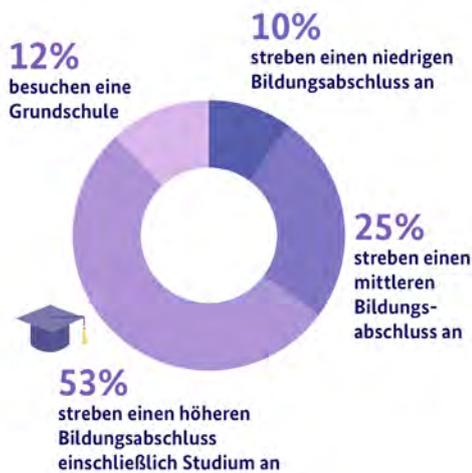
Demokratie verstehen

In der außerschulischen politischen Jugendbildung erlangen Jugendliche nicht nur Wissen über Politik. Junge Menschen sollen auch ermutigt werden, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Sie sollen verstehen, dass sie Politik und Demokratie mitgestalten und verändern können. Die Programme und Projekte machen den Jugendlichen klar, welche Bedeutung sie selbst für Gesellschaft und Politik haben – und sie vermitteln ihnen das notwendige Wissen. Auch junge Menschen sollen in der Lage sein, ihre eigenen Ansprüche an die Demokratie mit der Wirklichkeit zu vergleichen und Vorstellungen zu entwickeln, wie die Demokratie in der Zukunft aussehen soll.

Politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit kann als Seminar in einer Bildungsstätte, auf einer Bildungsreise, in verschiedenen Projekten vor Ort, aber auch in Form eines Spiels und mittlerweile auch online ablaufen. Auch im Sportverein oder in Theaterprojekten kann politische Bildung stattfinden. Leider tauschen sich die unterschiedlichen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit zu selten über ihre Erfahrungen mit politischer Bildung aus und verpassen dadurch die Chance, voneinander zu lernen. Dazu kommt, dass Fachkräfte der politischen Jugendbildung mitunter gar nicht wissen, dass sie auch Jugendarbeit machen. Fachkräften der Jugendarbeit wiederum ist oft nicht klar, dass in ihren Angeboten auch politische Bildung stecken könnte.

Die Kinder- und Jugendarbeit will sich am Leben und sozialen Umfeld von Jugendlichen orientieren und Themen ansprechen, die sie im Alltag beschäftigen. Weil die Jugendlichen verschiedene familiäre Hintergründe haben und jede*r andere Erfahrungen gemacht hat, müssen sich die Angebote darauf einstellen und so unterschiedlich sein, dass jede*r Jugendliche ein passendes Angebot findet.

Wer nimmt an den außerschulischen Angeboten zur politischen Bildung teil?



Eigene Grafik, Quelle: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Die meisten Teilnehmer*innen an den Angeboten der außerschulischen politischen Bildung sind Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene wie Auszubildende, Studierende und junge Berufstätige. Für Kinder gibt es viel seltener Angebote. Das ist schade, denn auch Kinder haben schon im Grundschulalter politische Vorstellungen und sollten Möglichkeiten bekommen, sich damit in ihrer Freizeit zu beschäftigen.

Jugendgruppen und Jugendverbände

Junge Menschen organisieren, gestalten und verantworten die Arbeit in Jugendverbänden und Jugendgruppen selbst. Die Angebote sind sehr

Teilnahmemotive der Kinder und Jugendlichen



Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht



Wie viele Jugendliche (12-17 Jahre) sind aktiv in Jugendverbänden?

demokratische Bildung. Deswegen sollten sich die Verbände auch selbst kritisch hinterfragen, wie sie dieses Potenzial noch besser nutzen und stärken können.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit

Die offene Kinder- und Jugendarbeit stellt den Jugendlichen Gebäude oder Plätze zur Verfügung. Solche Orte können zum Beispiel Jugendhäuser, Jugendclubs oder Aktivspielplätze sein. Anders als in den Jugendverbänden gibt es hier selten festgeschriebene Mitentscheidungsmöglichkeiten. Die Jugendlichen werden eher dann einbezogen, wenn ihre Wünsche alltägliche Situationen betreffen oder wenn sie einfach umzusetzen sind. Oft bieten diese Orte auch verschiedene geplante Angebote der politischen Bildung an.

Vielleicht gibt es auch in deiner Stadt oder in deinem Dorf so einen Jugendclub? Dort gibt es oft einen Tischkicker, eine Tischtennisplatte und man kann viele Leute treffen.

Die aufsuchende Jugend(sozial)arbeit

Die aufsuchende Jugend(sozial)arbeit kennst du vielleicht aus der Straßensozialarbeit. „Aufsuchend“ bedeutet, dass die Sozialarbeiter*innen an öffentlichen Plätzen wie Parks oder Parkflächen den Kontakt zu Jugendlichen suchen, um mit ihnen zu arbeiten und sie für Projekte zu motivieren. Aufsuchende Jugend(sozial)arbeit kann auch in Schulen, im Stadion oder im Shoppingcenter stattfinden. Meistens werden die Sozialarbeiter*innen von Einrichtungen oder Städten eingeladen, um Projekte mit den Jugendlichen, die sich an diesen Orten aufhalten, zu organisieren. Zum Beispiel werden im Stadion Jugendliche in Fußballfanprojekten auf Gewalt oder Rassismus im Sport aufmerksam gemacht. Es gibt Versuche, Jugendliche über das Internet zu erreichen. Das ist aber bisher schwierig mit dem Datenschutz zu vereinbaren. Außerdem fehlen geeignete Plattformen.

Jugendliche, die viel Erfahrung mit Ausgrenzung gemacht haben, können durch den respektvollen Umgang der Sozialarbeiter*innen mit ihnen lernen,

was ein gutes Selbstwertgefühl bedeutet. Das ist wichtig für die demokratische Bildung, da die Jugendlichen auf diese Weise ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse erkennen und äußern können. Außerdem bekommen sie Unterstützung, wenn sie ihre Interessen vertreten müssen – zum Beispiel im Kontakt mit dem Jugendamt.

Jugendbildungsstätten

Es gibt immer weniger außerschulische Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten in Deutschland. Die Anzahl der Einrichtungen ist in den letzten 30 Jahren um mehr als die Hälfte geschrumpft. 1990 gab es noch 562 Jugendbildungsstätten, 2016 waren es nur noch 221. Gleichzeitig arbeiten immer weniger Menschen in diesem Bereich. Dass so viele Einrichtungen geschlossen wurden, liegt u. a. daran, dass es schwieriger geworden ist, mit den Fördermitteln von Bund, Ländern und Kommunen auszukommen.

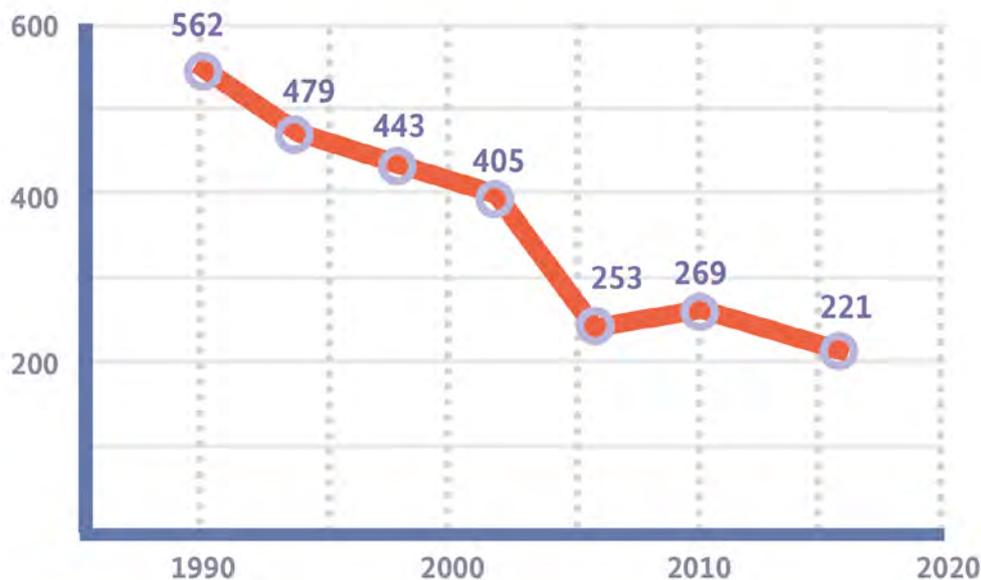
Seit 2018 gibt es zusätzliches Geld von der Bundesregierung für politische Bildungsarbeit. Diese Gelder werden aber hauptsächlich für Projekte im Bereich der Präventionsarbeit ausgegeben, zum Beispiel für Anti-Mobbing-Expert*innen an Schulen. Viele Gelder gehen an Projekte, die Probleme lösen sollen. Dabei sollte politische Bildung eigentlich ein Dauerauftrag sein und nicht nur dann stattfinden, wenn es bereits Schwierigkeiten gibt. Außerdem sind die Menschen, die für diese befristeten Projekte arbeiten, in einer sehr unsicheren Situation. Es ist oft ungewiss, ob ihr Projekt verlängert wird, ob ein neues startet oder ob ganz Schluss ist.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes ist das zentrale Instrument zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Dort gibt es auch ein spezielles Programm zur politischen Jugendbildung.

Doch nicht für alle?

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollen offen für alle Kinder und Jugendlichen sein – unabhängig von Wohnort, Geschlecht oder Religion. Leider ist das bisher nicht immer so. Besonders Menschen mit Behinderung sind oft von Angeboten ausgeschlossen, weil diese nicht barrierefrei sind.

Anzahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016



Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht

Vor allem auf dem Land sind die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit begrenzt und nicht jede*r Jugendliche*r findet etwas Passendes. Selbst, wenn Möglichkeiten vorhanden sind, wissen die Jugendlichen oft nichts davon. Das könnte sich ändern, wenn Schulen besser über Angebote informieren würden – denn so könnten alle Jugendlichen erreicht werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, in dem Menschen aus vielen verschiedenen Kulturen leben. Vereine junger Menschen mit Migrationsbiografien und → *People of Color* können viele Jugendliche mit ihren politischen Bildungsangeboten erreichen. Es fehlen aber insgesamt bei allen Angeboten Mitarbeiter*innen, die ähnliche Hintergründe wie die Jugendlichen haben.

Unterschiedliche Ausbildungen und Standards

In den deutschsprachigen Ländern fehlen Ausbildungen, die sich mit außerschulischer politischer Bildung beschäftigen. Die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, kommen deswegen aus ganz

unterschiedlichen Fachrichtungen, beispielsweise aus der Sozialarbeit, der Kultur- oder Politikwissenschaft. Sie werden meist von den Einrichtungen selbst weiter ausgebildet. Dadurch haben alle einen anderen Zugang zur politischen Bildung. Das ist gut, weil sich die Fachkräfte bei ganz verschiedenen Themen auskennen, aber auch problematisch, weil es keine gemeinsamen Standards gibt.

Vielfalt ist wichtig

Jugendliche haben verschiedene Interessen, vertreten unterschiedliche Meinungen, wollen sich mehr oder weniger engagieren. Ein Angebot der politischen Bildung für alle wird unserer Demokratie nicht gerecht, in der es viele weltanschauliche Überzeugungen gibt und geben muss. Deshalb sind auch die Angebote politischer Bildung bunt und vielfältig: Ob Mitarbeit im Jugendverband, Workshop in der Bildungsstätte, Seminar in einer evangelischen Akademie, Fortbildung bei der Gewerkschaft oder Mitwirkung in der Jugendorganisation einer Partei – für jede*n ist etwas dabei. Nur durch das breite Angebot können alle Jugendlichen eine Gruppen finden,

in der sie sich wohlfühlen. Politiker*innen haben die Aufgabe, diese Vielfalt zu fördern und zu unterstützen.

So geht es besser!

Junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung. Politische Bildung muss deshalb eine Daueraufgabe sein, fordert die Berichtskommission.

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollten also nicht nur projektbezogen laufen, sondern auch beständig gefördert werden. Im Mittelpunkt müssen die Interessen und das Leben der Kinder und Jugendlichen stehen. Es braucht mehr Vernetzung und Austausch in allen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, um gemeinsam die politische Bildung zu verbessern.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Der 16. Kinder- und Jugendbericht widmet der Kinder- und Jugendarbeit einen breiten Raum. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, dass sie einen großen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen leistet. Es trifft auch zu, dass die Kooperation und die gegenseitige Kenntnis- und Bezugnahme zwischen der außerschulischen politischen Bildung und den weiteren Säulen der Kinder- und Jugendarbeit (Kinder- und Jugendverbandsarbeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, internationale Kinder- und Jugendarbeit, kulturelle Kinder- und Jugendbildung und Kinder- und Jugendarbeit im Sport) verbessert werden sollte. Die Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung kommen nur zum Teil aus genuinen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit, teilweise handelt es sich auch um Angebote von Trägern, die eher der Erwachsenenbildung zuzurechnen sind. Diese Träger sind ohnehin gefordert, ihre Formate und Konzepte stärker kinder- und jugendgerecht zuzuschneiden und können dabei von den Anbietern der Kinder- und Jugendarbeit profitieren. Hier gibt es auch bereits Bewegung in die richtige Richtung: So wurde zur Bundesförderung aus dem Kinder- und Jugendplan eine neue AG Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet, in der auch das Thema politische Bildung diskutiert wird.“ (16. KJB, S. 18)

„Die Bundesregierung nimmt wahr, dass Jugendbildungsstätten in den letzten Jahren geschlossen wurden. Frühere Seminarformate funktionieren nur noch bedingt, Bildungsstätten müssen sich neu am Markt positionieren, Kooperationen eingehen und sich mit einem Mix unterschiedlicher Gäste und Formate neu finanzieren lernen. Das ist eine von der Bundesförderung unabhängige Tendenz. Zudem merkt die Bundesregierung an, dass in den vergangenen Jahren bereits zusätzliche Angebote der politischen Bildung über Aufstockungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes ermöglicht wurden, z. B. über die Programme ‚Jugend erinnert‘ und ‚Respekt Coaches‘. Gleichwohl sieht die Bundesregierung die spezifische Fachlichkeit der außerschulischen politischen Jugendbildung und ihre im Bericht aufgezeigten aktuellen Aufgaben und ist mit Blick auf die Regelförderung zu einem Dialog über eine insofern erforderliche strategische Weiterentwicklung und Öffnung dieses zunehmend wichtigen Praxisfeldes bereit.“ (16. KJB, S. 18)

„Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, dass auch in den vielfältigen Angeboten der Jugendsozialarbeit immer wieder politische Themen von Bedeutung sind und politische Bildungsprozesse initiiert werden. Entsprechend ist die von der Kommission festgestellte beginnende Fachdebatte über politische Bildung in der Jugendsozialarbeit sehr zu begrüßen.“ (16. KJB, S. 16)



Die Jahre danach





Unsplash: Maxime Agneull

5.1 Berufliche Bildung

Was meinst du: Auf welche weiterführenden Schulen gehen die meisten Schüler*innen? Es sind die beruflichen Schulen. 2019 haben knapp 2,5 Millionen Menschen eine Berufsschule besucht – an Gymnasien waren es 2,2 Millionen. An allen Berufsschulen steht politische Bildung auf dem Lehrplan.

Jugendliche starten auf der Berufsschule in ihr Berufsleben. Sie stehen an der Schwelle zum Erwachsensein. Auf einmal müssen sie sich mit ganz neuen Fragen und Problemen beschäftigen: Welche Steuern muss ich zahlen? Welche Versicherungen brauche ich? Wie viel Geld kann ich mit meinem Beruf verdienen? Wie viel verdienen Menschen in anderen Berufen? Ist das gerecht?

Die → *politische Bildung* soll den Berufsschüler*innen ermöglichen, die Arbeitswelt und die Gesellschaft mitzugestalten. Außerdem sollen sie die Fähigkeit bekommen, Verantwortung für ihre Mitmenschen und die Umwelt zu übernehmen. Politische Bildung an Berufsschulen ist eine Herausforderung, weil die Schüler*innen sehr verschieden sind.

Wer geht zur Berufsschule?

Realschüler*innen sind normalerweise zwischen zehn und 17 Jahre alt. Bei den Berufsschüler*innen lässt sich das nicht so genau sagen. Meistens sind

sie über 15 Jahre alt, aber nach oben gibt es keine Grenze. Auch Menschen über 40 Jahre besuchen die Berufsschule, um eine Ausbildung zu machen.

Die Vorbildung der Schüler*innen ist ganz unterschiedlich. Etwa jede*r Zehnte hat noch keinen Schulabschluss, viele haben einen mittleren Schulabschluss, manche auch Abitur. Die Berufsschüler*innen kommen aus verschiedenen Nationen und haben unterschiedliche weltpolitische Anschauungen. Einige haben auch → *rechtsextreme* und andere menschenfeindliche Einstellungen. Es kann passieren, dass im Unterrichtsraum Einwander*innen aus Krisengebieten zusammen mit Menschen sitzen, die an militärischen Einsätzen in Krisengebieten teilgenommen haben.

Aus dieser Unterschiedlichkeit entstehen viele Konflikte: Es gibt Auseinandersetzungen zwischen Geflüchteten und fremdenfeindlichen Mitschüler*innen oder Mobbing, etwa wenn Schüler*innen von der Hauptschule bis zum Gymnasium zusammenkommen. Hier kann politische Bildung helfen, diese Konflikte zu lösen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wie viel politische Bildung gibt es an Berufsschulen?

In den Berufsschulen erlangen die Schüler*innen nicht nur fachliches Wissen für ihren Beruf, sondern auch politische Bildung. Das Fach hat verschiedene Namen, zum Beispiel Politik, Politische Bildung, Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde. In Nordrhein-Westfalen steht das Fach in der dualen Ausbildung (Kombination aus Berufsschule und Ausbildungsbetrieb) insgesamt mit 240 Stunden auf dem Lehrplan. Das sind zwei Stunden pro Woche für insgesamt drei Jahre. In Sachsen sind es dagegen nur 80 Stunden, also eine Stunde pro Woche für zwei Jahre. Oft werden im Rahmen von Sozial- oder Gemeinschaftskunde nicht nur politische, sondern auch rechtliche und wirtschaftliche Themen behandelt.

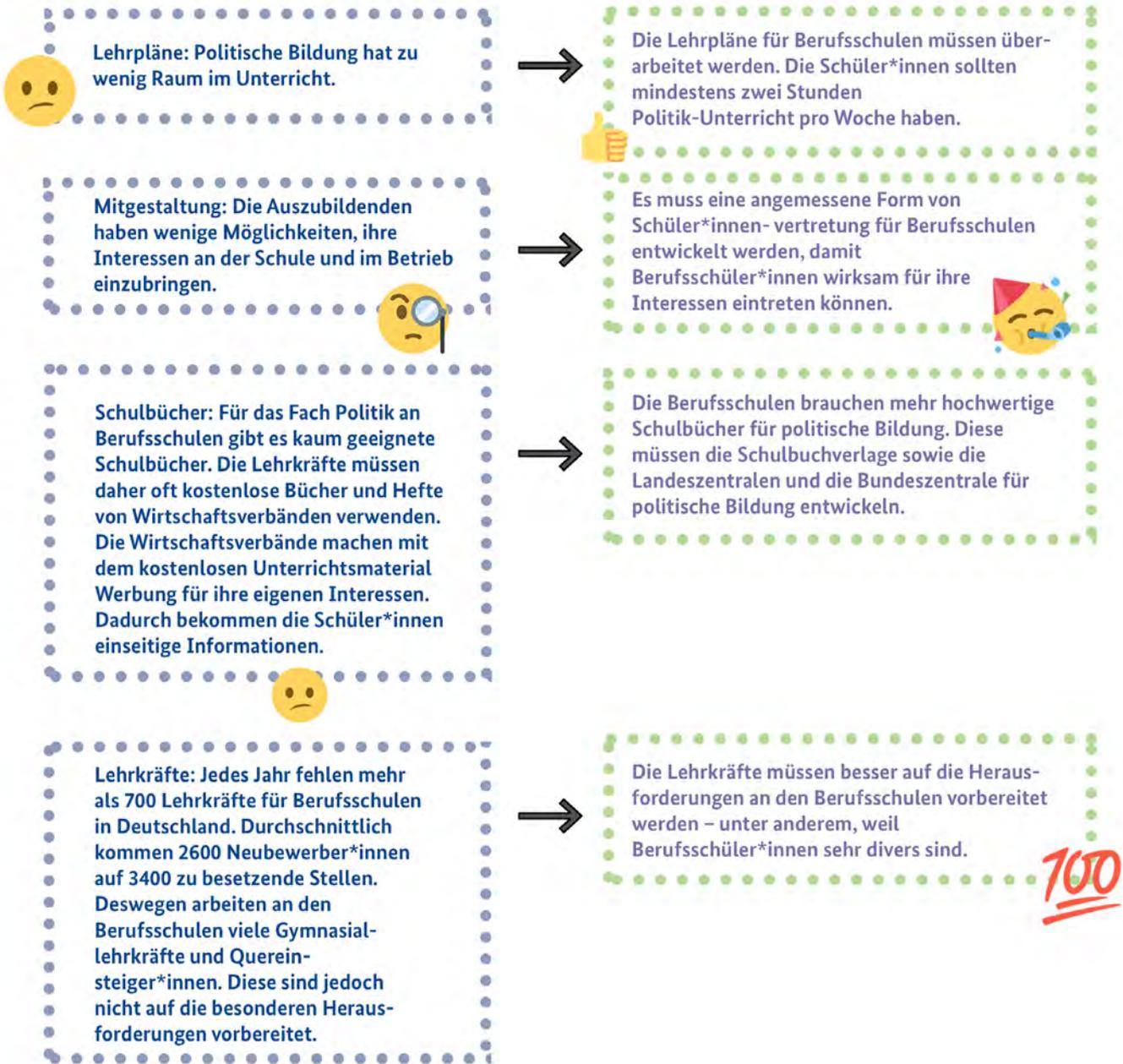
Alle Berufsschüler*innen in Deutschland haben Unterricht in politischer Bildung. In den Abschlussprüfungen gibt es dagegen kaum Fragen dazu. Deshalb halten es viele Schüler*innen und Lehrer*innen für ein unwichtiges Fach. In den Köpfen der Schüler*innen bleibt oft kaum etwas vom Politikunterricht hängen. Viele Berufsschüler*innen erinnern sich nicht einmal daran, überhaupt das Fach gehabt zu haben. Oft gibt es für Politik oder Sozialkunde an den Berufsschulen keine eigenen Lehrkräfte, sondern es wird von Lehrpersonen anderer Fächer unterrichtet. Viele Schulleiter*innen sehen politische Bildung als „weiches Fach“, für das es keine Spezialisierung braucht.

An Berufsschulen gibt es genauso wie an den anderen Schularten Schüler*innenvertretungen, die sich für die Interessen der Schüler*innen einsetzen. An Berufsschulen ist dies aber oft schwierig. Wenn Schüler*innen eine duale Ausbildung machen, sind sie normalerweise nur einen Tag pro Woche an der Berufsschule. Daher können sich Klassen- und Schulsprecher*innen kaum engagieren.

Politische Bildung erfahren Schüler*innen der dualen Ausbildung nicht nur an der Berufsschule, sondern auch im Betrieb. Sie haben dort grundsätzlich die gleichen Rechte wie Arbeitnehmer*innen. In großen Unternehmen gibt es oft eine Auszubildendenvertretung. Dadurch können Auszubildende im Betrieb mitbestimmen. Bei kleinen Firmen haben Jugendliche dagegen häufig keine eigene Vertretung und bekommen weniger Unterstützung. Wenn sie unzufrieden sind, brechen manche sogar ihre Ausbildung deswegen ab.

Neben den Berufsschulen gibt es noch die berufliche Weiterbildung und Gewerkschaften wie den Deutschen Gewerkschaftsbund und die IG Metall. Sie führen Seminare zu politischer Bildung durch, zum Beispiel zu den Themen Europa, Demokratie und Medien.

Probleme und Verbesserungen





Unikat Taschenmanufaktur, Foto: Doro Zinn

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung sieht ebenfalls wichtige Zusammenhänge zwischen politischer und beruflicher Bildung. Der erfolgreiche Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt stellt einen zentralen Aspekt gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Teilhabe dar. Daher sind Angebote politischer Bildung hier von großer Bedeutung, insbesondere für jene Gruppen junger Menschen, die bisher kaum politisch interessiert sind. Die Bundesregierung teilt das Ziel, die berufliche Bildung und Weiterbildung dahingehend weiter zu stärken, und weist darauf hin, dass hier verschiedene Zuständigkeiten berührt sind, die sich in den verschiedenen Bildungsgängen weiter differenzieren (...)“ (16. KJB, S. 17)

5.2 Freiwilligendienste

Freiwilligendienste gibt es nicht nur in sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Krankenhäusern oder Flüchtlingsheimen. Freiwillige können sich auch in Umweltorganisationen wie beim Naturschutzbund oder bei Greenpeace, in Kultureinrichtungen wie Musikschulen, bei politischen Stiftungen oder Sportvereinen engagieren. Ähnliche Einsatzstellen gibt es auch im Ausland, zum Beispiel in den Programmen „weltwärts“ und „kulturweit“. Die Freiwilligendienste bieten viele Möglichkeiten für politische Bildung.

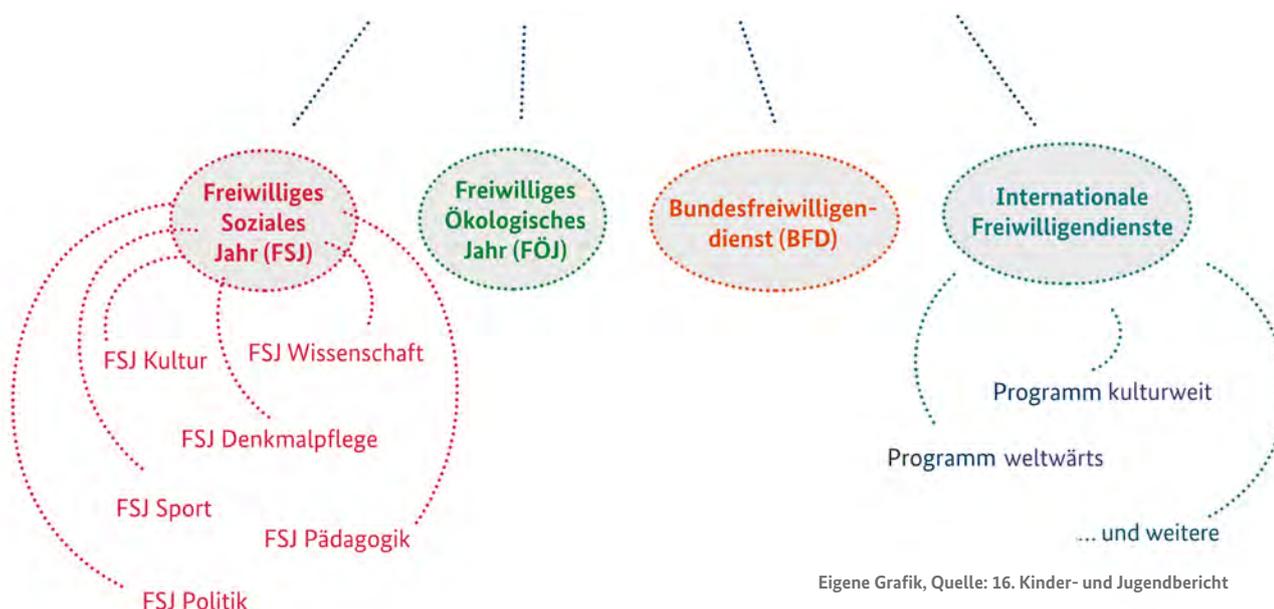
Freiwilligendienste gelten als „Lerndienste“. Das heißt, dass die Bildung und Lernmöglichkeiten der Freiwilligen im Vordergrund stehen. Ungefähr 100.000 Menschen absolvieren jedes Jahr einen Freiwilligendienst. Dieser dauert meistens zwölf Monate, mindestens aber drei Monate. Die meiste Zeit verbringen die Teilnehmenden in ihren Einsatzstellen. Dort arbeiten sie im Team mit und führen manchmal eigene Projekte durch. Dadurch erfahren die Freiwilligen auch politische Bildung. Sie setzen sich mit gesellschaftspolitischen Themen auseinander, wenn sie zum Beispiel mit Geflüchteten oder mit Menschen mit

Beeinträchtigung arbeiten. In den Organisationen und Einrichtungen lernen sie Teamarbeit kennen und erfahren, wie Mitbestimmung funktioniert. Somit erleben und reflektieren sie → *Demokratie* und entwickeln mehr Mitgefühl, Toleranz und Solidarität.

Insgesamt 25 Tage nehmen die Freiwilligen normalerweise an Seminaren teil, in denen sie sich auf ihren Einsatz vorbereiten und Erfahrungen austauschen. Dabei behandeln sie auch politische Themen. Wenn sie ein Freiwilliges Ökologisches Jahr machen, geht es zum Beispiel um nachhaltige Entwicklung oder Klimapolitik. Bei einem Freiwilligendienst im Sportbereich stehen Themen wie Fairplay im Vordergrund.

Wenn sich die Freiwilligen im Ausland engagieren, lernen sie, sich selbstständig zurechtzufinden und auf ihre Fähigkeiten zu vertrauen. Außerdem erwerben sie interkulturelle Kompetenzen. Das heißt, dass sie sich auf das Gastland einlassen, die Sichtweise der Einheimischen kennenlernen oder kulturelle Unterschiede und möglicherweise Vorurteile reflektieren.

Freiwilligendienste



Was könnte die Politik verbessern?

Immer mehr junge Menschen wollen einen Freiwilligendienst machen. Deshalb ist es wichtig, dass die Politik dafür sorgt, dass es auch für jede*n einen Platz gibt. Die Einsatzstellen sollten Unterstützung bekommen, um jungen Menschen mit → *Migrationshintergrund* oder mit einer Beeinträchtigung einen Freiwilligendienst anbieten zu können. Zurzeit haben die meisten Freiwilligen Abitur. Einen Migrationshintergrund haben ungefähr 17 Prozent, eine anerkannte Behinderung hat ungefähr ein Prozent. Die Jugendfreiwilligendienste sollten auch häufiger an Schulen vorgestellt werden. Jugendoffiziere informieren zum Beispiel oft im Unterricht über die Bundeswehr. In ähnlicher Weise sollten auch die Freiwilligendienste erklärt werden.

FSJ, FÖJ und BFD – Was ist der Unterschied?

Für die Teilnehmenden macht es in der Regel keinen Unterschied, wie der Freiwilligendienst heißt, also ob sie ein FSJ, FÖJ oder einen BFD machen. Der Bundesfreiwilligendienst ist aber anders organisiert als das FSJ oder FÖJ und steht auch Menschen über 26 Jahren offen. Für die Freiwilligen ist vor allem der inhaltliche Schwerpunkt entscheidend. Im FÖJ engagieren sich die Teilnehmenden im Natur- und Umweltschutz. Beim FSJ und BFD gibt es verschiedene Schwerpunkte, zum Beispiel Soziales, Kultur, Sport, Politik, Digitales, Pädagogik, Denkmalpflege und Wissenschaft.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Freiwilligendienste bieten den Engagierten die Möglichkeit, die Vielfalt der Individualität als Chance zu begreifen, tragen dem Pluralismus des Einwanderungslandes Deutschland Rechnung und sind auch offen für Menschen aus aller Welt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt über das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben die Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen dabei, ergänzende – auch barrierefreie – Maßnahmen zu ergreifen, die eine selbstverständliche und gleichberechtigte Teilhabe aller junger Menschen an den Freiwilligendiensten ermöglichen.“ (16. KJB, S. 20)

„Die Kommission empfiehlt, die Nachfrage nach Plätzen in den Freiwilligendiensten regelmäßig zu überprüfen, damit bei weiterhin steigendem Bedarf die Kapazitäten schnell ausgebaut werden können. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt mit den Zentralstellen im BFD, im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) alljährlich sogenannte Kontingentierungsgespräche, in denen u. a. auch der Einsatzstellenplatzbedarf erhoben wird. Damit hat der Bund einen guten Überblick über die Bedarfe und kann mit Blick auf die Kapazitäten der den Zentralstellen angeschlossenen Träger flexibel reagieren.“ (16. KJB, S. 21)

5.3 Bundeswehr

Müssen Soldat*innen unpolitisch sein? Nein. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Verbrechen der deutschen Armee während des Nationalsozialismus sind Politik und Gesellschaft sich einig: Soldat*innen sind den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet. Sie müssen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und besonders gebildet sein – politisch, historisch und ethisch. Deswegen heißt es in Deutschland auch, Soldat*innen sind Bürger*innen in Uniform.

Es gilt das Prinzip der „Inneren Führung“. Das bedeutet, dass Soldat*innen ihrem Gewissen verpflichtet sind. Das kann im Einzelfall sogar bedeuten, dass sie sich Befehlen widersetzen müssen. Damit Soldat*innen heikle Situationen einschätzen können, müssen sie politisch gebildet sein. Aktuelle Studien zeigen jedoch: Je höher die Bildung, desto weniger Interesse besteht an der Bundeswehr.

Soldat*in sein: eine demokratische Erfahrung?

Die politische Bildung ist bei der Aus- und Weiterbildung aller Soldat*innen Pflicht und wird im Soldatengesetz geregelt. Die Ausbilder*innen sind jedoch nicht immer auf diese Aufgabe vorbereitet.

Demokratiebildung funktioniert außerdem nicht nur durch das Unterrichtsfach Politische Bildung – Demokratie muss auch durch Mitbestimmung erfahren werden. Die Bundeswehr basiert aber auf einer strengen Rangordnung. Es gilt grundsätzlich Disziplin und Gehorsam. Es gibt jedoch auch Mitbestimmungsmöglichkeiten, beispielsweise



können Soldat*innen selbst wählen, welche Bildungs-seminare sie besuchen – und welche inhaltlichen Schwerpunkte sie setzen.

Kein Abbild der Gesellschaft

Bis 2011 galt in Deutschland die Wehrpflicht. Das heißt, dass bis dahin grundsätzlich alle jungen Männer für neun Monate zur Bundeswehr mussten. Wer das nicht wollte oder ausgemustert wurde, musste einen Zivildienst leisten, zum Beispiel als Pfleger im Altersheim. Seit der Aussetzung der



Eigene Grafik, Quelle: 16. Kinder- und Jugendbericht

Wehrpflicht leidet die Bundeswehr an einem Personalmangel. Nur wenige junge Menschen wollen heutzutage Soldat*innen werden. Die Folge: niedrigere Ansprüche an Bewerber*innen in Bezug auf die schulische Bildung und die allgemeine Eignung. Außerdem bildet die Bundeswehr die Gesellschaft nicht ab. Nur 14,5 Prozent der Beschäftigten bei der Bundeswehr haben beispielsweise einen → *Migrationshintergrund*. Zum Vergleich: Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesamtbevölkerung beträgt 23 Prozent. Deswegen versucht die Bundeswehr, vielfältiger zu werden.

Rechtsextremismus in der Bundeswehr

Im Januar 2020 wurde bekannt, dass die Bundeswehr 550 Verdachtsfällen im rechten Spektrum nachgeht. Nicht immer werden die Personen entlassen, die verdächtigt werden, Rechtsextremist*innen zu sein. Außerdem werden häufig Aussagen, die den → *Holocaust* verharmlosen oder leugnen, nicht eindeutig als rechtsextrem gewertet, sondern nur als „Vorkommnis“. Bei der Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK) gibt es besonders viele rechtsextremistische Verdachtsfälle. Die KSK-Soldat*innen arbeiten zum Beispiel bei der Kommandokriegsführung und in der Terrorismusbekämpfung. Deswegen ist es in dieser Elitegruppe besonders wichtig, dass

die Soldat*innen nicht antidemokratisch denken und handeln. Es wird angenommen, dass für Rechtsextreme die Bundeswehr attraktiv ist, weil sie dort Zugang zu Waffen und eine Waffenausbildung bekommen. Außerdem zieht die autoritäre Ordnung der Bundeswehr sie an. „Die Gefahr einer rechtsextremen bzw. autoritär-nationalistischen Unterwanderung der Bundeswehr ist, wie diverse Vorkommnisse in den letzten Jahren gezeigt haben, durchaus real“, (16. KJB, S. 466) betont die Kommission des 16. Kinder- und Jugendberichts. Trotz des Personalmangels führe für die Bundeswehr kein Weg an einer Null-Toleranz-Linie vorbei. Politische Bildung muss deswegen Pflicht sein, fordert die Kommission. Die Ausbilder*innen sollen klar gegen rechtsextremistisches, nationalistisches und autoritäres Denken sensibilisieren.

Eine postmoderne Armee

Die Bundeswehr wird zunehmend zu einer postmodernen Armee. Postmoderne Armeen sind typischerweise kleine Freiwilligenarmeen. Sie kümmern sich vor allem um Friedenssicherung und humanitäre Einsätze im Ausland. Dazu zählen die Bereiche Ernährung, Gesundheit, Schutz und Flucht. Soldat*innen werden sozusagen zu militärischen Diplomaten*innen. Das heißt, dort sind keine Kämpfer*innen mehr gefragt, sondern Vermittler*innen.



Heute ist die Bundeswehr vor allem im Ausland im Einsatz, meist gemeinsam mit Soldat*innen aus anderen Ländern. Darauf haben sich die Bildungsangebote innerhalb der Bundeswehr noch nicht genug eingestellt. Dies spiegelt sich auch in bestimmten Gruppen der Bundeswehr, in der sich ein sogenannter Kämpferethos herausbildet. Das heißt, dass einige Soldat*innen sich nur als Kämpfer*innen verstehen. Deswegen sollten Soldat*innen zukünftig Pflichtseminare zu interkultureller Kompetenz belegen müssen, bevor sie eingesetzt werden, empfiehlt die Kommission.

In der Ausbildung der Soldat*innen muss es mehr Unterrichtsstunden mit Fokus auf

Geschlechtergerechtigkeit und → *Rassismus* in der politischen Bildung geben, lautet eine weitere Forderung.

Die Bundeswehr sollte außerdem mehr in die Ausbildung der Dozent*innen investieren. Das Verteidigungsministerium will diese Aufgabe jedoch künftig an die Anbieter*innen vergeben, die am wenigsten Geld dafür verlangen. Dieses Vergabekriterium sollte das Ministerium aus Sicht der Kommission dringend überdenken. Politische Bildung für Soldat*innen sollte sich nicht am günstigsten Angebot orientieren, sondern an dem Ziel, dass Soldat*innen selbstständig denken und handeln.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung pflichtet der Kommission bei, dass es innerhalb der Bundeswehr gesellschaftliche Repräsentationslücken gibt. Es trifft auch zu, dass bei der erforderlichen Neujustierung der politischen Bildung im Kontext des Prinzips der Inneren Führung die Bildungsziele Demokratietauglichkeit und Einsatztauglichkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. (...)

Eine von der Bundesregierung unterstützte Empfehlung der Kommission „besteht in einem systematischen Monitoring extremistischer Einstellungen in der Bundeswehr, begleitet von einer auf die demokratischen Grundwerte orientierten politischen Bildung für alle Dienstgradgruppen. Die Bundesregierung teilt auch die Auffassung, dass Bundeswehr und Gesellschaft aufeinander bezogen sind und dass für eine demokratisch verfasste und verankerte Bundeswehr die breite Akzeptanz in der Gesellschaft essentiell wichtig ist. Die Empfehlung für eine Stärkung der Aktivitäten für den zivil-militärischen Dialog greift die Bundesregierung entsprechend auf.“ (16. KJB, S. 21)

5.4 Hochschulen

In Deutschland gibt es etwa 400 Hochschulen und 19.000 Studiengänge. Das sind sehr viele. Wenn man jeden Studiengang jeweils auf einer Seite beschreiben würde, wäre das Verzeichnis mehr als viermal so lang wie alle Harry-Potter-Bücher zusammen.

Generell interessieren sich Studierende besonders stark für Politik. Und Hochschulen verstehen sich selbst als Orte, an denen über Politik und Demokratie diskutiert wird. So finden viele Hochschulrektor*innen, dass Unis und Fachhochschulen ein Zentrum von Demokratie seien und sich gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen sollten.

Hochschulen mit Haltung?

Viele Studierende und Forscher*innen meinen jedoch, dass das Engagement der Hochschulen nicht ausreicht. Die Hochschulen sollten sich noch stärker zur Demokratie bekennen und von anti-demokratischen Haltungen abgrenzen, finden sie. Themen wie Rassismus oder Klimaschutz sollten ihrer Meinung nach intensiver behandelt werden.

Manchen Menschen gehen die Haltung und das Lehrprogramm der Hochschulen jedoch zu weit. Immer wieder stellen rechte Parteien oder Gruppierungen ganze Studiengänge – wie beispielsweise Islam-, Gender- oder → *Migrationswissenschaften* – in Frage und greifen die Hochschulen damit in ihrer wissenschaftlichen Arbeit an.

Engagement in Hochschulgruppen

In vielen Studiengängen – etwa in naturwissenschaftlichen – ist politische Bildung nicht Teil des Stundenplans. Studierende können sich aber außerhalb von Vorlesungen und Seminaren politisch und demokratisch einbringen. Es gibt Hochschulverbände von Parteien wie der CDU, CSU, SPD, FDP, AfD, den Linken, Grünen oder der

PARTEI. Außerdem gibt es spezifische Gruppen wie Ortsverbände von Fridays for Future oder Seebrücke, die sich für bessere Klimapolitik (FFF) oder eine liberalere Flüchtlingspolitik (Seebrücke) einsetzen. In einigen Orten gibt es auch Studentenverbindungen und Burschenschaften. Oft sind diese Gruppen sehr elitär organisiert und politisch konservativ bis rechts. Wer sich in diesen – oft antidemokratischen – Strukturen wohlfühlt, ist tendenziell auch anfälliger für rechtsextreme Positionen. In den letzten Jahren organisieren sich aber immer weniger Studierende in Burschenschaften.

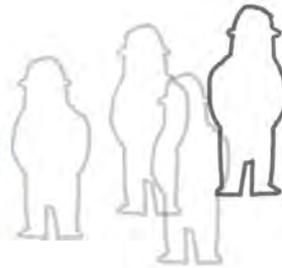
Parlament und Regierung für Studierende

Abgesehen von diesen unabhängigen Gruppen gibt es an Hochschulen auch feste demokratische Einrichtungen. So wie es den Bundestag oder Landtage gibt, haben Hochschulen ein Studierendenparlament (StuPa). Studierende können sich als Vertreter*innen ins StuPa wählen lassen und die Interessen der Studierenden vertreten. Das StuPa kontrolliert beispielsweise, wofür die Studierendenvertreter*innen Geld ausgeben und wählen den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Der AStA ist so etwas wie die Regierung der Studierenden und gestaltet den Hochschulalltag mit. Dafür gibt es verschiedene Abteilungen, die sich um bestimmte Themen kümmern, wie Kulturveranstaltungen an der Hochschule.

Die Wahlbeteiligung für das Studierendenparlament ist in der Regel sehr niedrig und liegt bei fünf bis 25 Prozent. Dementsprechend repräsentiert es auch nur einen kleinen Teil der Studierenden. Außerdem haben viele Studierende das Gefühl, die Themen, die im StuPa oder AStA besprochen werden, betreffen sie nicht. Bei konkreten Anliegen, wie dem Kampf gegen Studiengebühren, steigt das Interesse an Hochschulpolitik aber. An vier Hochschulen in Deutschland ist außerdem ein*e Student*in zugleich Vizepräsident*in der Hochschule. In dieser Position kann er*sie die Themen, die Studierenden wichtig sind, unmittelbar mit der Hochschulleitung



60%
der Studierenden sind Frauen. Der Frauenanteil ist je nach Studiengang aber sehr verschieden.



20%
der Studierenden haben einen Migrationshintergrund. Von ihnen wurden 71% schon in Deutschland geboren.



11%
der Studierenden haben eine anti-demokratische Haltung.



69%
der Studierenden arbeiten nebenbei.



18%
der Studierenden beziehen BAföG.





Unsplash: Alexis Brown

besprechen – die Erfahrungen mit dieser Einrichtung sind bisher durchweg positiv.

Mehr Zeit für Demokratie an der Hochschule

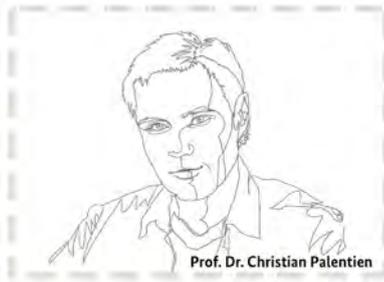
Studieren kostet Geld, deswegen arbeiten viele parallel zum Studium. Sie haben dadurch weniger Zeit, sich zu engagieren und politisch zu bilden. Der Staat unterstützt ein Studium unter bestimmten Voraussetzungen mit Geld (BAföG). Die Kommission empfiehlt, das BAföG zu erhöhen und an mehr Studierende auszuzahlen.

Außerdem sollen die Planung und der Ablauf des Studiums flexibler werden, damit es einfacher ist, sich politisch einzubringen, fordert die Kommission.

Politische Bildung soll darüber hinaus Teil des Lehrplans werden, damit alle Studierenden etwas über Politik und Demokratie lernen – nicht nur die, die sich freiwillig engagieren.

Was sagt die Bundesregierung dazu?

„Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, dass Hochschulen als zentrale Räume politischer Bildung und gesellschaftlicher Diskussion zu stärken sind.“ (16. KJB, S. 17)



Prof. Dr. Christian Palentien



Ina Bielenberg



Prof. Dr. Julia von Blumenthal



Dr. Reiner Becker



Hanna Lorenzen



Thomas Krüger



Dr. Stine Marg



Prof. Dr. Andreas Eis



Prof. Dr. Kurt Möller



Prof. Dr. Anja Besand



Christian Weis



Prof. Dr. Frauke Hildebrandt



Prof. Dr. Dirk Lange



Cansu Kapli



Die Kommission & die Jugendredaktion

„Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ lautet das Thema des über 600-seitigen 16. Kinder- und Jugendberichts, der die Grundlage dieser Broschüre bildet. Im Oktober 2018 beauftragte Bundesjugendministerin Franziska Giffey eine unabhängige Sachverständigenkommission damit, diesen Bericht zu erarbeiten. Der Kommission gehören Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen sowie erfahrene Persönlichkeiten aus der Praxis an. Im September 2020 wurde der Bericht der Bundesjugendministerin übergeben. Die Bundesregierung fügte dem Bericht anschließend eine Stellungnahme bei, ehe dieser der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Parallel dazu haben wir, zehn junge Redakteur*innen zwischen 19 und 29 Jahren, die aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands stammen, an dieser Jugendbroschüre gearbeitet. Aus der Perspektive junger Menschen haben wir zwei Wochen lang im Büro der Jugendpresse Deutschland den Bericht gelesen, diskutiert, für uns wichtige Aspekte herausgearbeitet – und versucht, diese verständlich aufzubereiten. Unser Ziel ist, vor allem diejenigen zu erreichen, um die es im Bericht geht: junge Menschen.

Im Laufe der Redaktionszeit gab es viel Klärungs- und Diskussionsbedarf: Was finden wir spannend? Was möchten wir anderen Menschen mitgeben? Wie haben die Kommissionsmitglieder bestimmte

Aussagen und Forderungen gemeint? Manchmal war es auch schwierig, unsere eigene Meinung auszusparen.

Die Broschüre bildet zentrale Themen des Sachverständigenberichts ab, viele interessante Aspekte aber mussten wir weglassen. Wer bestimmte Themen vertiefen will, wird im Bericht selbst und in einer weiteren Begleitbroschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fündig. Wie die Jugendbroschüre können diese auf der Webseite des Bundesjugendministeriums heruntergeladen werden:

www.bmfsfj.de/kinder-und-jugendbericht

Mit dem 16. Kinder- und Jugendbericht soll eine Grundlage geschaffen werden, um die politische Bildung für junge Menschen weiterentwickeln zu können.

Ziel politischer Bildung ist die Vermittlung demokratischer Werte und es geht auch darum, neue, spannende Formen zu finden. Wir hoffen, dass wir mit dieser Broschüre interessante Einblicke in das Feld der politischen Bildung geben können – und vielleicht auch Lust auf eigenes Engagement machen. Wir haben versucht, die Positionen der Kommission auf den Punkt zu bringen und hoffen, dass wir dich und andere ermutigen, eigene politische Meinungen zu bilden und diese selbstbewusst zu vertreten.

Mitglieder der Sachverständigenkommission:

Dr. Reiner Becker, Philipps-Universität Marburg, **Prof. Dr. Anja Besand**, Technische Universität Dresden, **Ina Bielenberg**, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (stellvertretende Vorsitzende), **Prof. Dr. Julia von Blumenthal**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), **Prof. Dr. Andreas Eis**, Universität Kassel, **Prof. Dr. Frauke Hildebrandt**, Fachhochschule Potsdam (stellvertretende Vorsitzende), **Cansu Kaplı**, Türkische Gemeinde in Deutschland (bis Januar 2020), **Thomas Krüger**, Bundeszentrale für politische Bildung, **Prof. Dr. Dirk Lange**, Leibniz Universität Hannover, **Hanna Lorenzen**, Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, **Dr. Stine Marg**, Georg-August-Universität Göttingen, **Prof. Dr. Kurt Möller**, Hochschule Esslingen, **Prof. Dr. Christian Palentien**, Universität Bremen (Vorsitzender), **Christian Weis**, Deutscher Bundesjugendring

Die Redaktion



Illustration: Alisa Sawchuk

Redaktion: Theresa Baur, Inga Dreyer, Lukas Kissel, Greta Linde, Paula Meister, Victoria Osarogiagbon Nosa, Thomas Oswald, Alisa Sawchuk, Sandra Schaftner, Sonja Smolenski, Sebastian Stachorra, Johanna Warda, Leonie Ziem

Glossar

Ableismus:

Ableismus ist die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Oft besteht die Diskriminierung darin, dass die speziellen Bedürfnisse der Betroffenen nicht mitgedacht werden. Das kann sich zum Beispiel in Form von fehlender Barrierefreiheit zeigen: zu hohe Bordsteine, Treppen im Schulgebäude oder fehlende Übersetzer*innen für Gebärdensprache bei Veranstaltungen. Auf diese Weise werden Menschen, die behindert sind, ausgeschlossen und „unsichtbar“ gemacht. Sie sind auch Beleidigungen ausgesetzt – zum Beispiel, wenn das Wort „behindert“ als Schimpfwort benutzt wird.

Quelle: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA)

Demokratie/Demokratieprinzip:

Übersetzt bedeutet Demokratie „Herrschaft des Volkes“ und meint, dass jede*r mitbestimmen kann, wer regiert. Deutschland ist eine Demokratie. Das bedeutet: Die staatliche Machtausübung muss durch das Volk bestätigt werden. Dies geschieht durch Wahlen und Abstimmungen, die allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sind. Zu diesem Zwecke ist eine freie Willensbildung unabdingbar, die durch Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert wird. Weil es immer unterschiedliche Meinungen und Weltanschauungen gibt (das nennt man Pluralismus), entscheidet in einer Demokratie die Mehrheit. Trotzdem versuchen Staaten wie Deutschland, einen Kompromiss für alle demokratischen Lager zu finden. Auch wird das Mehrheitsprinzip von einem weitreichenden Minderheitenschutz flankiert, insbesondere durch das Recht auf eine Opposition. Wichtig für das Funktionieren einer Demokratie ist außerdem die Gewaltenteilung. In Deutschland ist diese im Grundgesetz festgeschrieben. Das heißt, dass die Gesetzgebung (Parlamente) unabhängig von der Gesetzesausführung (u. a. Polizei und Behörden) und der Gerichtsbarkeit ist.

Quellen: 16. Kinder- und Jugendbericht, S. 17-18, 21-22, Bundeszentrale für politische Bildung

Digitalpakt:

Offiziell heißt dieses Programm der Bundesregierung „Digitalpakt Schule“. Dabei geht es darum, Schulen mit digitalen Medien auszustatten, damit der Unterricht moderner und fortschrittlicher wird. Insgesamt wird die Regierung 6,5 Milliarden Euro für dieses Programm ausgeben. Bei der Planung des Digitalpakts gab es immer wieder Streit, denn eigentlich sind die Bundesländer für die Schulpolitik zuständig. Deswegen musste extra die Verfassung geändert werden. Manche Bundesländer haben das kritisiert.

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Diskriminierung:

Diskriminierung ist die ungleiche, benachteiligende und ausgrenzende Behandlung von bestimmten Gruppen und Individuen. Diskriminierung findet ohne sachlich gerechtfertigten Grund statt und beruht auf Vorurteilen. Sie wird auf verschiedene Arten ausgeübt: Kontaktvermeidung, Benachteiligung beim Zugang zu Wohnraum, Bildung oder Jobs oder auch persönliche Beleidigungen. Der Unterschied zu einer bloßen Beleidigung ist jedoch, dass Diskriminierung strukturell ist. Das bedeutet: Sie ist in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen verankert. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass homosexuelle Paare weniger Rechte haben als heterosexuelle Paare oder dass nicht-weiße Personen im Berufsleben benachteiligt werden.

Quelle: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA)

Holocaust:

Der Begriff Holocaust wird verwendet, wenn von der systematischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen während der Zeit des Nationalsozialismus gesprochen wird. Im Hebräischen spricht man von „Shoah“, was „große Katastrophe“ bedeutet. Zwischen 1933 und 1945 ermordeten Nationalsozialist*innen in Konzentrationslagern sechs Millionen Jüd*innen,

aber auch Sinti und Roma, Obdachlose, Behinderte, Homosexuelle, politisch Verfolgte und Kriegsgefangene.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Inter*:

Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen Merkmale oder Hormone nicht eindeutig männlich oder weiblich sind, nennt man Inter*, also zwischen-geschlechtlich. Manche Inter* Leute identifizieren sich klar als männlich oder weiblich, andere als geschlechtlich divers.

Quellen: www.sticks-and-stones.com, Bundeszentrale für politische Bildung

Klassismus:

Klassismus beschreibt die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres sozialen Status. Menschen werden benachteiligt oder beleidigt, weil sie wenig Geld oder wenig Zugang zu Bildung haben. Klassismus richtet sich zum Beispiel gegen einkommensarme, arbeits- und wohnungslose Menschen. Klassismus hat Auswirkungen auf die Lebenserwartung und begrenzt den Zugang zu Wohnraum, Bildungsabschlüssen, Gesundheitsversorgung, Macht, Netzwerken, Teilhabe, Anerkennung und Geld. Beispiele für Klassismus sind das Schimpfwort „asozial“ oder die Herabwürdigung von Obdachlosen.

Quellen: Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung

LGBTQI*:

Dieser Buchstabensalat ist eine englische Abkürzung für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Gemeint sind damit lesbische (lesbian), schwule (gay), bisexuelle (bisexual) und → *trans** Personen (transsexual, transgender), queere (queer) und inter*geschlechtliche Menschen (intersexual). Das Sternchen steht für viele weitere Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten. Es gibt außerdem verschiedene Schreibweisen, manchmal steht das I vor dem Q, es heißt nur LGBT oder es wird ein A für asexuelle Personen hinzugefügt. Die deutsche Abkürzung, die im 16. Kinder- und Jugendbericht benutzt wird, lautet → *LSBTTIQ**.

Quellen: www.sticks-and-stones.com, Bundeszentrale für politische Bildung

Linksextremismus

Linksextremist*innen wollen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die freiheitliche Demokratie durch ein anderes System ersetzen, z. B. durch Kommunismus oder Anarchie – auch mit Gewalt. Wenn man genau hinschaut, vertreten linksextreme Gruppierungen jedoch ganz unterschiedliche Einstellungen, Denkrichtungen und politische Ziele.

Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung, Bundesamt für Verfassungsschutz

Menschenwürde:

In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die Menschenwürde besitzt jeder Mensch von sich aus. Der Begriff ist die Grundlage vieler weiterer Rechte (Diskriminierungsverbot, Freiheitsrechte) und kann in vielen Ausführungen auftauchen. Menschenwürde bedeutet zum Beispiel, dass jeder Mensch, egal welche Hautfarbe er hat, aus welchem Land er kommt, welches Geschlecht er hat oder welcher Religion er angehört, gleich viel wert ist und die gleichen Rechte besitzt. Für den Staat bedeutet es, dass jeder Mensch zu achten ist und jeweils als Individuum betrachtet werden muss. So sind nach dem deutschen Grundgesetz zum Beispiel Folter und Todesstrafe verboten, weil dadurch dem Menschen seine Menschenwürde genommen wird.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Migrationshintergrund/ Migrationsgeschichte:

Das Statistische Bundesamt definiert Migrationshintergrund so: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“. Der Begriff wird kritisiert, weil er auch in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder von Zugewanderten als anders und damit nicht richtig zugehörig kategorisiert. Andererseits ermöglicht die Kategorie „Migrationshintergrund“, im Zuge der Datenerhebung auf beispielsweise strukturelle Benachteiligungen von Zugewanderten und deren Nachkommen hinzuweisen. Insofern ist die Kategorie für die Sozialforschung von Bedeutung, gerade um Diskriminierungen

und Benachteiligungen aufzuzeigen. Für die Statistiken nicht so klar definiert ist die Bezeichnung „Menschen mit Migrationsgeschichte“. Damit gemeint sind Menschen mit Wanderungserfahrungen, die sie selbst gemacht haben oder die zu ihrer Familiengeschichte gehören.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Öffentlich-rechtlich:

In manchen Ländern, auch in Deutschland, wird ein Teil des Fernseh- und Radioprogramms vom Staat organisiert und finanziert. Außerdem zahlen alle Menschen pro Haushalt einen Beitrag von etwa 18 Euro pro Monat – egal, ob sie öffentlich-rechtliche Angebote nutzen oder nicht. Die öffentlich-rechtlichen Medien haben die Aufgabe, Menschen mit Informationen, Kultur, Unterhaltung und Bildung zu versorgen. Inzwischen gibt es auch öffentlich-rechtliche Angebote im Internet, zum Beispiel Funk von ARD und ZDF. Dieses Programm soll besonders Jugendliche und junge Erwachsene erreichen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

People of Color:

People of Color, kurz PoC, beschreibt – genau wie die Begriffe Schwarz und Weiß – keine Hautschattierungen. Der Begriff hat seinen Ursprung in der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre. Es handelt sich um eine selbst gewählte Bezeichnung von Menschen, die nicht weiß sind und deswegen rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Inzwischen wird häufiger von BPOC (Black and People of Color) gesprochen, um Schwarze Menschen mit einzuschließen.

Quellen: Neue deutsche Medienmacher*innen, Missy Magazin

Politische Bildung

Politische Bildung ist ein Prozess, in dem man lernt und selbst erfährt, was Politik und Demokratie sind und wie sie funktionieren. Deswegen lassen sich politische und demokratische Bildung auch nicht ganz voneinander abgrenzen. Im aktuellen Diskurs wird politische Bildung oft als Extremismusprävention missverstanden. Natürlich ist es wichtig, dass Menschen nicht antidemokratisch denken und beispielsweise rechtsextrêmes Gedankengut entwickeln. Allerdings sollte politische Bildung viel mehr

abdecken, als bloß „Feuerwehr zu sein“. Das Ziel von politischer Bildung ist, dass man erfährt, wie man sich selbst in die Gesellschaft einbringen und demokratische Vorgänge mitgestalten kann. Das ist ganz klassisch durch das Mitwirken in einer Partei, aber auch auf Ferienfreizeiten, durch Demonstrationen oder Onlineproteste möglich. Politische Bildung ermöglicht Mitbestimmung und soll unser Verhältnis zur Politik und Demokratie stärken. Dieser Prozess wird von Parteien, Medien oder dem eigenen Umfeld wie der Familie oder Schule beeinflusst. Unsere Gesellschaft verändert sich immer wieder, deswegen muss auch die politische und demokratische Bildung sich anpassen. Es ist wichtig, immer neu zu lernen, was Demokratie und Mitbestimmung sind.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

(Politische) Sozialisation:

Dieser Fachbegriff beschreibt den Vorgang, Teil einer Gruppe zu werden. Wenn wir auf die Welt kommen, wissen wir noch nicht, wie die Gesellschaft funktioniert. Die Regeln und Werte müssen wir erst lernen, zum Beispiel in unserer Familie, im Kindergarten oder in Vereinen. Dadurch werden wir Teil der Gesellschaft. Das nennt man Sozialisation. Politische Sozialisation ist, wenn wir Wissen über Politik sammeln und uns damit beschäftigen, welche Rolle wir im Staat innehaben. Je nachdem, wie ein Mensch politisch sozialisiert ist, hat er verschiedene Ideen davon, wie er sich einbringen oder was er bewirken kann.

Quellen: 16. Kinder- und Jugendbericht, S. 81, Bundeszentrale für politische Bildung

Queer:

Menschen, die beispielsweise schwul, lesbisch, bisexuell oder trans* sind, können queer genannt werden. Der Begriff wird aber auch für alle Personen verwendet, die traditionelle Geschlechterbilder, Identitäten oder Lebensweisen ablehnen oder sich nicht damit identifizieren. Früher wurde queer als Schimpfwort verwendet, weil es auf Englisch eigenartig und seltsam bedeutet. Heute bezeichnen sich queere Menschen so mit Stolz.

Quellen: www.sticks-and-stones.com, Bundeszentrale für politische Bildung

Rassismus:

Rassismus ist der Prozess, bei dem Menschen aufgrund von Merkmalen wie Hautfarbe, Herkunft oder Sprache ausgegrenzt werden. Rassismus hat

seinen Ursprung in der Rassentheorie, die schon lange widerlegt ist. Heutzutage wird versucht, Ungleichheit mit angeblichen Unterschieden zwischen (vermeintlichen) Kulturen zu begründen. Rassismus ist für viele Betroffene Alltag, wenn sie zum Beispiel aufgrund ihres Namens und Aussehens in der Schule, auf der Arbeit oder dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden. Rassismus ist die Summe aller Verhaltensweisen, Gesetze, Bestimmungen und Anschauungen, die diese Ausgrenzung unterstützen. Er beruht auf ungleichen Machtverhältnissen, von denen weiße Menschen profitieren. Rassismus kann schon im Kleinen anfangen: Wenn zum Beispiel im Kindergarten immer Hellrosa gemeint ist, wenn von Hautfarbe die Rede ist.

Quellen: Neue deutsche Medienmacher*innen, Bundeszentrale für politische Bildung

Rechtsstaat:

Das Rechtsstaatsprinzip dient dazu, der staatlichen Machtausübung rechtliche Grenzen zu setzen. Die wichtigsten Regeln hierzu stehen in Deutschland im Grundgesetz. So muss sich der Staat bei allem, was er tut, an die Gesetze halten. Eingriffe in Grundrechte der Bürger*innen bedürfen stets einer gesetzlichen Ermächtigung. Diese gesetzlichen Ermächtigungen müssen außerdem ganz klar und eindeutig formuliert sein, damit es keinen Zweifel gibt, wie sie gemeint sind. Rechtsstaatlichkeit bedeutet aber nicht nur, dass der Staat an das Recht gebunden ist. Denn dann könnte es immer noch passieren, dass inhaltlich willkürliche Gesetze zur Anwendung kommen, nur weil sie korrekt erlassen wurden. Deshalb müssen alle Gesetze in einem Rechtsstaat immer auch den unveräußerlichen Menschenrechten genügen.

Zum Rechtsstaatsprinzip gehört auch das Gewaltenteilungsprinzip. Durch die Trennung der drei Staatsgewalten (Gesetzgebung, Gesetzesausführung und Gerichtswesen) soll eine gegenseitige Kontrolle der Staatsgewalten untereinander erfolgen. Das führt zu einer Machtbegrenzung der Staatsgewalten und garantiert den Schutz der Freiheit des Einzelnen. Zum Rechtsstaat gehört schließlich auch eine freie Rechtsprechung. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Gerichte unabhängig von Einflussnahme von außen urteilen, dass es ein Recht auf Gehör vor Gericht gibt und Menschen nicht zweimal für dieselbe Straftat verurteilt werden können.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Rechtsextremismus:

Der Verfassungsschutz definiert Rechtsextremismus als „Bestrebungen, die sich gegen die im Grundgesetz verankerte Gleichheit der Menschen richten und die universelle Geltung der Menschenrechte ablehnen.“ Rechtsextremist*innen haben ein rassistisches, antisemitisches und verfassungsfeindliches Weltbild und denken, bestimmte Menschengruppen seien überlegen. Oft wird mit dem Begriff lediglich das veraltete Bild typischer Neonazis (Glatze, Stiefel, Bomberjacke) verbunden. Es gibt aber überall in der deutschen Gesellschaft Menschen mit rechts-extremer Gesinnung.

Quellen: Neue deutsche Medienmacher*innen, Bundesamt für Verfassungsschutz

Rechtspopulismus:

Rechtspopulist*innen arbeiten mit einer Ideologie, die von einem „reinen Volk“ und einer „korrupten (politischen) Elite“ ausgeht. Migrant*innen und Geflüchtete werden von ihnen als Bedrohung dargestellt. Rechtspopulismus ist eine Bedrohung für die Demokratie, weil er Rechtsextremismus verharmlost.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Trans*:

Trans ist ein Überbegriff für Personen, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Weil viele verschiedene Identitäten mit diesem Begriff gemeint sind, wird der Stern benutzt, um wirklich alle und alles abzubilden. Manche trans* Personen identifizieren sich klar als Mann oder Frau, andere sind genderneutral, genderfluid oder nicht-binär, das heißt: Sie wollen sich nicht auf eine dieser beiden Identitäten festlegen, sondern haben ein Geschlecht, das jenseits von Männlichkeit und Weiblichkeit steht. Das heißt dann genderqueer.

Quellen: www.sticks-and-stones.com, Bundeszentrale für politische Bildung, www.queer-lexikon.net

Grafikquellen

Seite 12: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 1.2.2, vgl. Decker, O./Brähler, E. (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie, Gießen, [06.11.2020].

Seite 21: 16. Kinder- und Jugendbericht, Seite 88

Seite 29: Albert, Mathias; Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun (2019): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort, Weinheim, S. 137.

Seite 37: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 6.1.3.1, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung, Münster, S. 115, [06.11.2020].

Seite 39:

oben: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 6.1.3.2, vgl. Statistisches Bundesamt 2020.

unten: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 6.2.1.2, vgl. Gökbudak, M./Hedtke, R. (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Working Papers Nr. 9. Bielefeld, [06.11.2020].

Seite 47: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 8.3.3, vgl. Zajak, S./Rucht, D./Haunss, S./Sommer, M. (2019): Fridays for Future. Eine neue Protestgeneration? Ergebnisse einer Befragung von Demonstrierenden am 15. März 2019 in Berlin und Bremen, [15.09.2020]

Seite 51:

oben links: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 10.2.2.3.

oben rechts: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 10.2.2.3.

unten: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel, 10.3.4.1, vgl. Deutsches Jugendinstitut 2019, Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A).

Seite 53: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 10.2.1.1, vgl. Waldmann, K. (2020): Die Entwicklung der Landschaft der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland seit 1990. Expertise für die Kommission zum 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“. Verfügbar über: www.dji.de, Schaubild 2, S. 10.

Seite 60: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 7.1 – 7.4.

Seite 62: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 13.

Seite 65: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 14.

Seite 68: 16. Kinder- und Jugendbericht, Kapitel 12.

Bildnachweise

Titelbild: Jugendpresse Deutschland, Tim Eckert / <https://www.flickr.com/photos/97056632@N05/45260334255/in/album-72157704259133174/>

Seite 6: iStock, ViewApart / <https://www.istockphoto.com/de/foto/draufsicht-multirassische-freunde-mit-mobilen-smartphone-konzept-sucht-mit-jungen-gm858705256-141796199>

Seite 13: iStock, mf-guddyx / <https://www.istockphoto.com/de/foto/luftaufnahme-der-hamburger-hafen-cargo-terminal-gm186778668-27212403>

Seite 16: John Schnobrich / <https://unsplash.com/photos/2FPjIAyMQTA>

Seite 22: OrnaW / <https://pixabay.com/de/photos/schwarze-leben-materie-protest-5251408/>

Seite 24: Alireza Attari / <https://unsplash.com/photos/SBIakOpKUIE>

Seite 30: iStock, zodebala / <https://www.istockphoto.com/de/foto/lonely-mann-auf-einem-zaun-lehnend-gm171248465-20154493>

Seite 31: La-Rel Easter / https://unsplash.com/photos/KuCGlBXjH_o

Seite 40: iStock, fotografixx / <https://www.istockphoto.com/de/foto/elementary-school-students-run-out-of-school-to-schoolyard-gm611202184-105139305>

Seite 43: Jugendpresse Deutschland, Annkathrin Weis
<https://www.flickr.com/photos/97056632@N05/46914782735/in/album-72157691094796053/>

Seite 44: Markus Spiske / https://unsplash.com/photos/xH8_bSnpH5Q

Seite 48: Tristan Billet / <https://unsplash.com/photos/72EYDDwn8dE>

Seite 52: Jugendpresse, LKJ Sachsen-Anhalt
<https://www.flickr.com/photos/138362200@N03/34422374991/>

Seite 58: Maxime Agnelli / <https://unsplash.com/photos/QC1oHW5JVu4>

Seite 61: Unikat Taschenmanufaktur, Foto: Doro Zinn

Seite 64: Caleb Minear / <https://unsplash.com/photos/hQ1xJVIF8fM>

Seite 66: Daniel Stub / <https://unsplash.com/photos/-9ZbwBDOX9c>

Seite 69: Alexis Brown / <https://unsplash.com/photos/omeaHbEFIN4>

Impressum

**Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.**

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Redaktion:

Theresa Baur, Lukas Kissel, Greta Linde, Paula Meister, Victoria Osarogiagbon Nosa,
Thomas Oswald, Sandra Schaftner, Sonja Smolenski, Johanna Warda, Leonie Ziem

Redaktionsleitung:

Inga Dreyer, Sebastian Stachorra

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmfsfj-service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Layout & Illustration:

Alisa Sawchuk

Artikelnummer: 5BR483

Stand: November 2020, 1. Auflage

Bildnachweis Franziska Giffey: Bundesregierung / Jesco Denzel

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>

